

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Pf. Post- und Versammlungsbeilagen kosten pro Seite 25 Pf. Geschäftsbeilagen werden nicht angenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Saarbrücken.
Druck und Verlag von H. Handmann & Co., Saarbrücken, Wilhelmstrasse 58-62.
Telephon-Nr.: Vorband 08, Expedition 89. Telegramm-Adresse: Kitterband Saarbrücken.

Thronen und Sronen.

Sie thronen an goldenen Tischen,
Sie halten die Macht in der Hand;
Sie haben Jagden und Schlösser,
Fabriken und Gruben und Land.

Wir haben die tiefen Schächte,
Wir haben den Druck und die Not
Gefahren an allen Enden,
Und Siechtum und frühen Tod.

Warum? Und soll es so bleiben
Im grauenvollen Kontrast
Von Schätzen und Goldprunk drü
Und hier von Elend und Last?

Sind jene andere Menschen
Und haben sie besseres Recht?
Und müssen wir schuften und ja,
Für sie als höriger Knecht?

O nein, mit nichten, ihr Brüder,
Und anders wird es gar bald,
Wir müssen Macht nur gewinnen;
Weil Klagen nutzlos verhallt.

Verbinden uns und verbünden
Von Nord, Süd, Osten und West
(So wie die Zechenmagnaten),
Zu einem Verbands fest.

B. R.

Darf das so weiter gehen?

Wenn wir uns selbst nicht regen und rühren,
Wer soll uns denn aus dem Sumpfe führen?

Alle Arbeiter, gleichviel welcher religiösen oder politischen Überzeugung sie sind, werden vom Kapital in gleicher Weise ausgebeutet und unterdrückt. Aufgabe aller Arbeiter sollte es sein, sich gemeinsam gegen den Druck des Kapitals zu wehren. Diejenigen, welche sich noch der Illusion hingeben, es könnte eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit geben, oder die christlich organisierten Arbeiter würden besser, entgegenkommender behandelt wie die frei organisierten Arbeiter, werden einmal grausam enttäuscht werden. Ueber diese Tatsachen können alle Phrasen und Liraden nicht hinweghelfen. Tief zu bedauern sind die Lören, die das bisher noch nicht eingesehen haben.

Zu ihnen gehörte auch die große Mehrheit der Saarbergleute. Sie glaubten, daß ihnen die gebrauchten Lören von selbst in den Mund fliegen würden und dachten nicht daran, sich zu organisieren. Der Erfolg war folgende Lohnentwicklung:

	Saarreiter	Müßreiter	Gallische Braunkohlenreiter
Jahreslohn	Schichtlohn	Jahreslohn	Schichtlohn
1891	1137	8,89	1086
1910	1122	8,97	1382
			8,54
			750
			2,55
			1080
			8,57

Der Jahreslohn der Ruhrbergarbeiter ist danach in der genannten Zeit gestiegen um 206 Mk. oder 27,8 Prozent, der gallischen Braunkohlenarbeiter um 339 Mk. oder 45,2 Prozent; der Jahreslohn der Saarbergleute ist dagegen um 15 Mk. oder 1,3 Prozent gegen 1891 gesunken. Die Ruhrbergarbeiter und die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter haben auch wiederholt Streiks geführt, wobei ihnen keine Zugeständnisse gemacht wurden. Aber sie ließen aus diesem Grunde den Mut nicht sinken, arbeiteten weiter am Ausbau der Organisation und haben nur deshalb heute höhere Löhne wie 1891.

Lohnbewegung der Saarbergleute.

Seit etwa Jahresfrist stehen die Saarbergleute in einer Lohnbewegung unter Leitung des Zentrumsvereins und der katholischen Fachabteilung, die sich aber bisher in Protestveranlassungen und Resolutionen, Bittschriften, Eingaben an den obersten Bergheeren, Petitionen an den Landtag usw. erschöpft hat. Viele schönen und nicht schönen Reden sind gehalten worden. Der Erfolg zeigt sich in folgenden Lohnziffern: Es betrug der

Jahreslohn	Schichtlohn	Jahreslohn	Schichtlohn
1909:	1186	8,98	1910:
			1122
			8,97

Der Jahreslohn ist also 1910 trotz aller Proteste, Bittschriften, Petitionen, Eingaben und schönen sowie nicht schönen Reden, um 14 Mk. gegen 1909 gesunken. Den Saarbergleuten wurde empfohlen, mehr zu leisten, dann verdienten sie auch mehr.

Als sich im Jahre 1909 die lippischen Bergarbeiter mit einer Petition an den preussischen Landtag wandten, worin eine Lohn-erhöhung von 30 Pf. pro Schicht gefordert wurde, war es der ehemalige Zentrumsvereinsführer August Bruch, der empfahl, diese Petition abzulehnen, obwohl der Jahreslohn dieser Bergarbeiter nur etwa 900 Mark betrug. Bruch versetzte sich sogar im Landtag zu der Beschuldigung, wenn die lippischen Bergarbeiter jetzt einen Wagen Kohlen mehr lieferten wie früher, sei das ein Beweis, daß sie früher mit ihrer Leistung zurückgefallen hätten; indirekt macht Bruch hier den lippischen Bergleuten den Vorwurf der Faulheit.

Steine statt Brot.

Braucht man sich da zu wundern, wenn jetzt auch die Saarbergleute mit diesem Maßstabe gemessen werden? So ist kürzlich auf Grube Gerhart drei Bergleuten wegen Minderleistung aufgesagt worden. Die Gruben-Ausschüßmänner nahmen hierzu in öffentlicher Versammlung und in einer außerordentlichen Ausschüßung Stellung und baten die Werkverwaltung, die nicht gerechtfertigten Kündigungen zurückzunehmen. Darüber schreibt die zentralistische „Neunkirchner Zeitung“ vom 1. August unter anderem:

„Die Werkverwaltung ließ die Grubenausschüßmänner auch ausgiebig zum Wort kommen, erklärte aber, die Kündigung nicht

zurückzunehmen. Also werden die betreffenden Arbeiter beglückwünscht, daß der Obersteiger selbst gesagt hat, daß er auch der Ansicht sei, daß unter den obwaltenden Verhältnissen auf das vorhandene Gehalt nichts zu verdienen sei, bestimmt entlassen. Man sieht, die Grubenverwaltung geht ihren Weg weiter, trotzdem die Not in tausenden Bergarbeiterfamilien geradezu nach Hilfe schreit. In Gypfeln haben eine Anzahl Bergarbeiterfrauen Erbsenarbeiten an der dort im Bau begriffenen Wasserleitung übernommen, da der Lohn der Erbsen ihrer Familien nicht ausreicht, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das sind höchst bedauerliche Zustände, die unseren staatlichen „Musterbetrieben“ wahrhaftig keine Ehre machen.

Diese Zustände erinnern an polnische Verhältnisse. In den polnischen Bezirken, schon in Oberschlesien findet man, daß außer den Männern auch die Frauen in Sanbgruben, bei Wegebauten, Eisenbahnbauten, ja sogar beim Häuserbau beschäftigt sind. Hier werden die Arbeiter bezahlt, daß die Frauen unbedingt auch gewerbliche Arbeiten verrichten müssen. Der Arbeitgeber hat den meisten Vorteil dabei, denn die Frauen arbeiten hier billiger als die Männer, dann aber schaffen sie ein Lebensgebot an Arbeitskräften, was für den Arbeitgeber Veranlassung ist, die Arbeit überhaupt billiger zu entlohnen.

Schlimme Folgen aber müssen, wo solche Zustände dauernd bestehen, für die Erhaltung der Familien, besonders für die Erziehung der Kinder heraufbeschworen werden. Wir können nicht annehmen, daß die obere Bergverwaltung polnische Zustände bei ihren staatlichen Arbeitern aufkommen lassen will. Und wir sind mit der gesamten Saarbevölkerung einig in der Erwartung, daß die obere Bergverwaltung hier endlich Wandel schafft. Bleiben die Lohnverhältnisse, wie die Bergarbeiter sie seit nunmehr zwei Jahren haben, noch eine Zeit lang bestehen, so ist der Ruin für zahlreiche Existenzen unausweichlich.

Jedes Wort ist eine Anklage gegen das saarabische System und die gewerkschaftlichen Arbeiterverbände schwarzer und blauer schwarzer Poleur, welche diesem System in die Hände arbeiten.

Nach die zentralistische „Saarpost“ vom 20. Juli berichtet über eine Ausschüßung vom 25. Juli, in der über die Kündigung von drei Drittelführern in Abteilung IV der Grube Viktoria verhandelt wurde. Dem Bericht entnehmen wir:

„Der Bergarbeiter E. H. eröffnete die Sitzung um 6 Uhr mit dem Bemerkten, daß eine Anzahl Ausschüßmänner dieselbe beantragt hätten und erstellte dem erstunternannten Ausschüßmann das Wort zur Begründung. Derselbe gab bekannt, daß durch die Kündigung in der Grube Viktoria eine große Unzufriedenheit herrsche und beantragt, zunächst dem zuständigen Ausschüßmann das Wort zu erteilen. Nachdem dieser das Wort erhalten, gab er bekannt, daß die Kameradschaft im Monat Mai auf ein Gehalt von 2,70 Mk. pro Zonne 5,20 Mk. verdient habe, im Monat Juni auf 2,10 Mk. nur 3,88 Mk. Die abgelegten Kameraden seien fleißige Leute, seien wegen zu Arbeiten öfter zu spät zum Schicht gekommen zur Ausschüß hätten sich manchmal nicht die Zeit genommen, ihr Schichten zu essen. Ein Grund zur Entlassung liege nicht vor; es sei zu wissen, daß die Leute mit ihrer Leistung zurückgefallen hätten. Die jetzige Kameradschaft sei überall als fleißig bekannt und habe bis jetzt pro Schicht noch 20 Pf. weniger verdient, als die frühere. Das Gehaltende sei schlecht und die Stoffe feil. Er selbst habe an der Aufschüß daneben gearbeitet und sie hätten in diesem Strich weniger verdient als die Abgelegten.“

Alles Protestieren der Belegschaft, alles Reden der Ausschüßmänner aber half nichts, die drei Arbeiter wurden wieder eingestellt. Da entsteht doch hier die Saarbergleute Frage: Kann, darf das so weiter gehen?

Was hat die Königssteuer mir genützt?

Der preussische Handelsminister gab 1910 einen Erlaß heraus, welcher mit der Mahnung an die fiskalischen Grubenverwaltungen schloß, daß es zurzeit nicht angängig sei, mit einer Lohn-erhöhung vorzugehen. Dazu schrieb die „Saarpost“ vom 7. September 1910 u. a.:

„Wir haben gestern einen Erlaß des preussischen Handelsministers an das breite Licht der Öffentlichkeit gegeben, welcher zweifelsohne ein ebenso großes Aufsehen wie schmerzliches Erstaunen bei der gesamten fiskalischen Bergarbeiterchaft hervorgerufen hat. Dieser Erlaß, der vor fünf Tagen ergangen, und innerhalb zehn Tagen zu beantworten ist, wird in der gesamten Arbeiterchaft wirken wie eine schneidende Woge. Er muß bei der Belegschaft der fiskalischen Gruben um so mehr Verstimmlung hervorrufen, als die Gruben nicht mit einem Defizit, sondern immer noch mit einem Überschuß von etwa 8 Millionen Mark abgeschrieben werden.“

Der Arbeiter, der trotz fleißiger Arbeit barben muß, steht daher nicht ein, daß es „nicht angängig“ sein soll, die Löhne zu erhöhen. Nach daß viele Bergarbeiterfamilien zurzeit in einer bitteren Notlage befinden, ist eine Tatsache, die kein Kenner der Verhältnisse ableugnet.

Mit dem Lohne, wie ihn die Bergarbeiter zurzeit verdienen, ist es nicht immer möglich, eine kleine, geschweige denn eine große Familie so zu ernähren wie es notwendig ist und wie sie der fleißige, auf die Gesundheit und das Wohlergehen der Seinen bedachte Familienvater beanspruchen muß. In dem letzten Jahre ist in vielen tausenden braven Bergmannsfamilien die Lebenshaltung auf ein solches Niveau gesunken, daß man glauben sollte, es könnte nicht mehr tiefer heruntergehen. Wir wissen nicht, ob der Herr Staatsminister v. Seydow sich einmal in die Lage versetzt hat, in der sich ein Bergarbeiter, der Vater einer zahlreichen Kinderfamilie ist, befindet, wenn er mit einem Lohne, wie er jetzt bezahlt wird, vorlieb nehmen muß.

Vorige Woche war es, daß erzählte dem Schreiber dieses ein Bergarbeiter, der eine zehnköpfige Familie zu ernähren hat, mit Tränen in den Augen, daß es kaum noch für Brot und Kartoffeln lange, gleich konnte den ganzen Monat seines auf den Tisch.

Wir trauen dem Herrn Staatsminister ohne weiteres jebiel menschliches Empfinden zu, daß er nachfühlen kann, welcher Art die Gefühle sein müssen, welches Weh die Seele des Arbeiters durchwühlen muß, wenn er sieht, wie die Seinen entbehren müssen, und wie er bei allem Fleiße und aller Arbeit nicht in der Lage ist, ihnen ein besseres Los zu bereiten.

Man soll sich nur seiner Täuschung hingeben. Die Arbeiterchaft im Saargebiet ist nicht mehr die der Hülferlosen Vera. Die Zeiten sind wahrhaftig nicht dazu angetan, eine Arbeiterchaft, die bisher Königssteuer bis auf die Knochen war, vor die Frage zu stellen, die man jetzt schon häufig hören kann: Was hat die Königssteuer mir genützt?

Ja, was hat die Königssteuer dem Saarbergmann genützt? Was nützen ihm alle Bitten, alle Ergebenheitsbeweise, alle Unterwürfigkeit? Wenn ist er geworden, wie eine Kirchhofsmauer, seine Frau muß Weichschüttung selbst bei Erdarbeiten finden, weil kein Lohn zur Unterhaltung der Familie nicht ausreicht, und trotzdem geht er dem Ruin entgegen, wenn keine Wendung zum Besseren eintritt. Darf das so weiter gehen?

Zentrumsvereinsführer als Heher verschrien.

Wie die Läten, so der Lohn! Für ihre Anfechtlichkeit und Unterwürfigkeit erhielten die Saarbergleute den Vortritt immer höher gehängt. Als sie aber darüber nach jahrzehntelangen Qualen zu murren begannen, wurden ihnen und ihren schwarz-blauen Führern derbe die Leuten gefeiert. Die der Regierung nahestehe „Kölnische Zeitung“ schrieb in ihrer Ausgabe vom 11. November 1910, daß die fiskalische Bergverwaltung zurzeit außerstande sei, die Forderungen der Saarbergleute auf Lohn-erhöhung zu bewilligen und fuhr dann fort:

„Trotzdem hält der Zentrumsverein christlicher Bergarbeiter, der unter den Saarbergleuten die meisten Anhänger hat, Versammlung auf Versammlung ab und läßt in seinen Blättern Artikel auf Artikel erscheinen, in denen ein starkes Gerächel der Löhne behauptet und eine Erhöhung verlangt wird. Schon zwei Petitionen wurden veröffentlicht, die vom Handelsminister und vom Landtag ein Eingreifen in diesem Sinne fordern. Es ist erklärlich, daß die dem Zentrum nahestehenden Führer des christlichen Zentrumsvereins die stete Vertretung der Lebenshaltung nicht allzusehr in den Vordergrund rücken und deshalb um so lauter den ganzen Schaden auf große Lohnherabsetzungen (schreiben, von denen die Statistik nichts weiß. Es ist auch erklärlich, daß der christliche Zentrumsverein nach der Niederlage bei den wettstillenden Anwartschaftswahlen sich mit besonderer Agitationsheftigkeit auf das Saargebiet wirt. Auch ist das Vorgehen des christlichen Zentrumsvereins jedoch nicht, wenn er seine ganze Agitation auf eine Forderung richtet, die bei der jetzigen Lage unerfüllbar ist, und wenn er dabei eine immer schärfere Tonart anschlägt, die auf den tatsächlich mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfenden Arbeiter verheerend wirken muß. Der Zentrumsverein besorgt damit nur die Geschäfte der Sozialdemokratie... Wenn nützt die Erregung, die der christliche Zentrumsverein im Saargebiet schürt? Der Zentrumsverein hat dem Arbeiter Weidmard an aufrechten Reden und Gedankengängen beigebracht. Er mag dadurch zunächst Anhänger gewonnen und den anderen Organisationen Abbruch getan haben. Aber auf dem anderen Flügel bröckelt es wieder ab... Will der Zentrumsverein dem Vordringen der Sozialdemokratie entgegenwirken, so darf er nicht deren Kampfes- und Agitationsweise selbst annehmen, sondern er muß aus dem Kampfe um die Arbeitsbedingungen alles Verheerende möglichst herausheben, und darf bei seinen Mitgliedern nicht für Forderungen agitieren, die aus dem Rahmen des wirtschaftlich Möglichen herausfallen.“

Die Schulbuben werden die Zentrumsvereinsführer hier abgerufen. Die „Kölnische Zeitung“ sagt ihnen, sie bejagten die Geschäfte der Sozialdemokratie, stellten unerfüllbare Forderungen, verheereten die sonst zufriedenen Arbeiter, um Anhänger zu gewinnen usw. Das ist der Dank vom Hause Geldbad dafür, daß die Zentrumsvereinsführer die Zersplitterung unter die Arbeiter trugen und damit die Geldsackinteressen beforderten.

Ein interessantes Geständnis.

Ganz erobert über die Abkrüfflung in der „Köln. Zeitung“ antwortet in der „Saarpost“ vom 18. November 1910 ein Zentrumsvereinsführer:

„Ja, sollen denn die Beamten des Zentrumsvereins die armen Arbeiter mit ihren Klagen abwehren und sie den Herren von der Sozialdemokratie zur entsprechenden Bearbeitung überweisen? Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß die Bergbehörde dem Zentrumsverein Dank und Anerkennung dafür wissen sollte, daß er in schwerer Zeit dafür Sorge getragen hat, daß die Arbeiterchaft aus berechtigter Unzufriedenheit nicht zu Herrn Leimpeters und Konsorten abgewandert ist. Es war eine wahrhaft staatsverheerende Tat, daß der Zentrumsverein christlicher Bergarbeiter der Stimmung der Arbeiterchaft unversöhntem Ausdruck in der Öffentlichkeit verhalf und die Unzufriedenheit ein geschwelliges Ventil ohne Hilfe der Revolutionärpartei öffnete. Das war eine hervorragend vaterländische Tat, für die in erster Linie die Bergbehörde mit dem Minister an der Spitze heißen Dank sagen sollten.“

Seihen Dank beanspruchen die Zentrumsvereinsführer vom Minister und der Bergbehörde also dafür, daß sie die Bergarbeiter von Leimpeters und Konsorten, d. h. von einer wirklichen Vertretung ihrer Interessen abgehalten haben.

Goffen und Harren, macht manchen zum Narren.

Der vorstehende „rührende“ Appell an das Dankbarkeitsgefühl des Fiskus nützte ebensowenig, wie die Bittschriften, Eingaben, Resolutionen, Petitionen usw. Als sich der Landtag und die Regierung trotz alledem nicht geneigt zeigten, gab es im April d. Z. neue Protestveranstaltungen und -Resolutionen. Die Zentrumsabgeordneten Zumbusch, Saueremann, Moeren, et tutti quanti wurden ins Saarrevier geholt und hielten den Bergleuten schöne Reden; diese klatschten klammheimlich Beifall, was ja recht billig ist. Aber fast wurden sie von den Reden nicht.

In einer Versammlung der katholischen Fachabteilung in Neunkirchen wurde eine Resolution gefaßt, worin unter anderem gesagt war:

„Die Versammlung nimmt mit großer Entrüstung von dem bleibenden Verhalten der Regierung gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der staatlichen Bergarbeiter Kenntnis. Die Versammlung kann in dem Rückgang der Rentabilität des staatlichen Bergbaues keinen Grund zur Rechtfertigung des Standpunktes der Regierung erblicken, nicht zuletzt auch deshalb, weil die gegenwärtigen Ueberhörschüsse eine Erhöhung der Löhne sehr gut ermöglichen.“

Die Versammlung spricht ihre Ueberzeugung aus, daß die Verhandlung, welche die staatlichen Bergarbeiter von seiten des kgl. Ministeriums für Handel und Gewerbe erfahren haben, nicht dem Willen des obersten Bergheeren, Sr. Majestät des Königs, entspricht, der den hochherzigen Anspruch getan hat, daß die fiskalischen Gruben Musteranpalt und Vorbild für andere industrielle Betriebe sein sollen.“

Diese Resolution zeigt, wie kindlich vertrauensvoll die Saarbergleute immer noch sind. Dafür spricht weiter der Umstand, daß in obiger Versammlung auch beschlossen wurde, nochmals eine Eingabe an den obersten Bergheeren, den König, zu richten. Dazu schrieb die „Kölnische Zeitung“ vom 21. April 1911:

„Durch scharfe, ungeschwächte Resolutionen sowie Eingaben an den obersten Bergheeren, werden die Bergarbeiter, denen nur Sand in die Augen gezeuert wird, nicht zum Ziele kommen.“

Alle Illusionen werden hier mit rauher Sand graufam zerstört. Ob jetzt den Saarbergleuten die Augen aufgehen? Oder werden sie sich noch weiter Sand in die Augen streuen lassen?

Sandlanger des Scharfmachertums.

Die Königssteuer Saarbergleute und ihre schwarz-blauen Führer werden genau so behandelt, wie die freien Gewerkschaften und ihre Führer. Überall, wo die christlichen Arbeiter for-

derungen erhoben, wurden sie mit den sozialdemokratischen Arbeitern in einen Topf geworfen. Man lebte auch ihnen gegenüber jedes Entgegenkommen ab. Der vom Zentrumsgewerksverein in Dillingen (Lothringen) geleitete Streik der Salinenarbeiter brach zusammen; von etwa 180 Arbeitern wurden nur 17 wieder eingestellt. Unternehmer und Polizei standen zusammen gegen die Streikenden. So war es auch beim Weggeuer Streik. Am 1. April 1911 vor der Duisburger Strafkammer verurteilte das 1. OLG die Urkunden des Streiks auf den Weggeuer Gruben, der vom Dirsch-Dunderfischen Gewerksverein und dem Zentrumsgewerksverein gemeinsam geführt wurde.

Der Streik ist nur infolge der Verhinderung entstanden, früher waren die Arbeiter zufriedener. Ich habe gesehen, welche Not und welches Elend infolge dieses Streiks, durch die verheerende Inflation hervorgerufen wurde in jener Gegend herbeigeführt ist. Die Sache ist zu einem großen Unfug ausgeartet, Beamte werden beschimpft und mit Steinen beworfen, alles infolge der verheerenden Inflation.

Um die Ordnung aufrecht zu erhalten, waren während des Streiks in Weggeuer fortgesetzt neun und mehr Gendarmen dort stationiert, obwohl nur christlich und h.-d. organisierte Arbeiter in Frage kamen.

Ob die Arbeiter rot, blau oder schwarz, Christ, Jude oder Heide sind, sie werden vom Kapital in gleicher Weise ausgebeutet und entrechtet. Die Arbeiter müßten darum zusammenhalten, um sich des gemeinsamen Gegners zu erwehren. Statt dessen sehen wir gerade jetzt das beschämende Schauspiel, daß Zentrumsgewerkschaftsorgane und -Führer sogar für Ausnahmengesetze gegen die frei organisierte Arbeiterschaft eintreten, von denen auch die christliche Arbeiterschaft gelegentlich mit gleicher Schärfe getroffen wird. Das ist das Gute doch zu viel! Die Gewerkschaften spielen ein ebenso freibewusstes wie gedagtes Spiel mit den Interessen ihrer eigenen Klassengenossen. Darf das so weiter gehen? Jeder ehrlich denkende Arbeiter wird diese Frage verneinen müssen. Besser wird es aber nur dann, wenn die Arbeiter sich ermannen, die Halbheit, Trägheit, Gleichgültigkeit, Unlust und Mutilität abstreifen, kameradschaftlich zusammenhalten, den Handlangern des Schurkenmachens den Aufspatz geben und sich dem Vergarbeiterverband anschließen.

22. Internationaler Vergarbeiter-Kongress.

Am dritten Verhandlungstage führt Kamerad Walbinder, Bochum, den Vorsitz.

Das Geschäftsordnungs-Komitee hat über den von den deutschen Delegierten gestellten Änderungsantrag zur Forderung der Verstaatlichung der Gruben beraten und beantragt, den französisch-belgischen Resolutionen folgende Fassung zu geben, was einstimmig angenommen wird:

„Dieser Kongress ist der Ansicht, daß die Mineraffen der Nation gehören und von den Staaten im Interesse der Nation ausgebeutet werden sollen.“

Hierauf gelangte der 4. Punkt der Tagesordnung: „Bessere Vergesetzte“ zur Beratung, wozu folgender von der britischen Delegation gestellter Antrag vorlag:

„Der Kongress drückt sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Zahl der Grubenunfälle (mit tödlichem Ausgang und sonstigen) über und unter Tage noch immer im Steigen begriffen ist. Er fordert die Regierungen der beteiligten hier vertretenen Nationalitäten auf, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, um ein größeres Maß der Sicherheit für die Vergarbeiter herbeizuführen.“

Stanley, England, besprach als Begründer dieses Antrages insbesondere die Untersuchungen der königlichen Kommission, welche zur Untersuchung der Vergarbeiterverhältnisse in den verschiedenen Ländern eingesetzt wurde. Die englische Regierung hatte bei neuen, zurückgebliebenen Bergwerken statt bisher zwei, drei Ausgänge für notwendig und zwar neben den bestehenden zwei Förderausgängen noch einen besonderen Ausgang nur für Rettungszwecke. Das sei auch durchaus notwendig, sei es doch im englischen Bergbau vorgekommen, daß bei Unglücksfällen mangels genügender Ausgänge die Menschen wie in einer Falle gefangen waren.

Franz, Österreich, Sachsen (Verband), betont, daß die deutschen Delegierten bereit sind, die englische Resolution zu unterstützen. Tief zu bedauern und zu verurteilen sei, daß es den einzelnen Regierungen der bergbauverwaltenden Länder noch nicht gelungen ist, das Steigen der Unfälle zu verhindern. Im besonderen trifft das für Deutschland zu, das selbst Deutschland, das sich immer mit Vorliebe dem Ausland gegenüber als Kulturstaat auslief. Wie die mangelhafte

Vergesetzgebung in Deutschland verheerend wirkt, das zeigen die Zahlen: Von 1888 bis 1900 sind im deutschen Bergbau 1830 000 Vergarbeiter getötet oder verletzt worden; darunter waren 27 405 sofort tot. Ein Verstoß, dessen Angehörige zu ungeheurem Elend und Not, hat Anspruch auf besonderen Schutz. Das Leben der Vergarbeiter darf den kapitalistischen nicht ungeduldet preisgegeben werden. In einzelnen kapitalistischen Industriestaaten hat das mißliche Eintreten der Arbeitervertreter im Parlament die Regierungen veranlaßt, sich mit der Reform der Vergesetzgebung zu befassen, aber selbst der gute Wille der Regierungen, wo er vorhanden war, vermochte nicht viel gegen den gewaltigen Einfluß der Unternehmer im Bergbau. Sie wußten so gut wie jede Reform zu hintertreiben. Daß sie die bittersten Feinde einer besseren Vergesetzgebung sind, zeigen ihre Maßnahmen jetzt gegen die Sicherheitsmänner. Vor einigen Wochen ist in Deutschland ein Gesetz verabschiedet worden, das den folgenden Namen Reichsversicherungsordnung trägt. Hier hätte für die Vergarbeiter wirklich gefordert werden können. Aber die arbeitervriendliche Mehrheit im Reichstag mußte es zu verhindern, daß auch nur eine der Vergarbeiterforderungen in das Gesetz aufgenommen wurde. Wie Vergarbeiter müssen in allen Ländern größeren parlamentarischen Einfluß erreichen. Wir müssen eindringlich dagegen protestieren, daß die Kohlenbarone, um ihren Profit zu vergrößern, mittels über Leichen schreiten. Der Resolution unserer britischen Kameraden werden wir zustimmen, weil wir der Überzeugung sind, daß es zu den vornehmsten Pflichten des Staates gehört, seine Kräfte zu schenken, um den Vergarbeitern endlich besseren Schutz zu verschaffen. Mögen die fortgeschrittenen Maßnahmen auf den internationalen Vergarbeiterkongressen den Regierungen aller Länder endlich das Bewußtsein schärfen.

Delath, Belgien, sprach sich ebenfalls für die englische Resolution aus, worauf diese einstimmig angenommen wurde.

Dann gelangte folgende von den deutschen Delegierten gestellte Resolution zur Beratung:

„Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist in der Bergwerksindustrie überhaupt gesetzlich zu verbieten; ebenso ist unterirdische Beschäftigung jugendlicher Personen unter 16 Jahren.“

Holl, Waldburg (Verband), führt dazu begründend aus, daß manches in Deutschland durch die Tätigkeit der Organisation gebessert worden sei, aber die Unternehmer hielten noch immer an der Kinderarbeit fest, weil dieselbe billiger sei und ihren Profit noch mehr erhöhe. Im Jahre 1910 waren in Preußen 25 671 männliche und 518 weibliche Personen im Alter von 14 bis 16 Jahren beschäftigt. Das Gesetz verbietet die Beschäftigung von Arbeitern unter 16 Jahren in der Grube; aber noch immer werden in Oberschlesien und im Mansfeldischen Kinder von 14 bis 16 Jahren unter Tage beschäftigt, wenn ein ärztliches Attest beigebracht wird. Noch immer müssen die Kinder beim Schüttelförderbetrieb beziehungsweise bei der Förderung schuften. Massenhaft verunglückten in Oberschlesien Kinder. Als sogenannte Lehrlinge werden 14-jährige Jungen unter Tage beschäftigt, zweimal wöchentlich schickt man sie in die Fortbildungsschule. Die Unternehmer behaupten mit dreifacher Stirn, daß die Kinderarbeit ergiebig sei, denn sie fülle den Körper. Gerade in Oberschlesien und in Mansfeld sind die sittlichen und sozialen Zustände die allerschlimmsten, die Löhne die niedrigsten und die Arbeitszeit die längste. Diese Zustände sollten den Vergarbenen Großbritannien zu denken geben. Im britischen Kohlenbergbau arbeiteten 1908 noch 8 443 Kinder im Alter von 13 bis 14 Jahren und 48 867 Kinder im Alter von 14 bis 16 Jahren unter Tage. Als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Kinder im Alter von 6, 7 und 8 Jahren in den englischen Gruben arbeiteten, ging es da den britischen Vergarbeitern besser als heute? Es ist an der Zeit, daß die Engländer mit der Kinderarbeit gründlich aufräumen. Gesehentlich stimmen ihre nationalen Kongresse im Herbst dieses Jahres auch dem Verbot der Arbeit von Kindern im Alter von 14 bis 16 Jahren zu. Die Sache zieht sich lange genug hin. Im Namen der Humanität und des Fortschritts bitten wir die englischen Kameraden, für das bühliche Verbot der Kinderarbeit einzutreten.

Wallas, Belgien: In Belgien waren 1900: 2 603 Knaben zwischen 12 und 14 Jahren und 4 288 Knaben im Alter von 14 bis 16 Jahren unter Tage beschäftigt. 1 720 Knaben zwischen 12 und 14 Jahren und 1 714 bis zu 16 Jahren waren zusammen mit 3 842 Mädchen auf der Oberfläche beschäftigt. Insgesamt sind 18 713 jugendliche Personen im belgischen Bergbau beschäftigt gewesen. Eine Reform dieser Art ist im Sinne der vorliegenden Resolution für Belgien um so notwendiger, als das Schulwesen sehr im Argen liegt. Kamen doch aus 1000 Einwohnern 101 Analphabeten. Die Revision des Vergesetzes wird eine kleine Besserung bringen; danach soll nach Ablauf einer dreijährigen Karenzzeit die Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren im Grubenbetrieb überhaupt verboten sein.

Geant, Frankreich, erklärt im Namen der französischen Delegation, daß sie auch in diesem Jahre sich der Stimme enthalten würden, da sie, obgleich sie prinzipielle Gegner der Kinderarbeit seien, kein Mandat von ihren Auftraggebern hätten.

Im ersten Teil der Resolution ist die bisherige Haltung der englischen Delegierten einmütig, für den ersten Teil der Resolution zu stimmen, welche fordert, die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in der Bergwerksindustrie gesetzlich zu verbieten. Den zweiten Teil der Resolution, der das Verbot der unterirdischen Beschäftigung jugendlicher Personen unter 16 Jahren verlangt, wollen

Förderungsanstalten bis ins 20. Jahrhundert erhalten zu haben, geübt in Deutschland der kaiserliche Bergbauverwaltung. Die Bergwerksarbeit, die der Frau zu. Die erste Ausnutzung des Kindes bei dem Schmelzprozess der Erze wurde systematisch betrieben, im Maßstab zum Kulturbel allerersten Dinges; das Erz konnte billiger und gründlicher, besser geschmolzen werden.

Aus den Lohnarbeitern des Pharaonenreiches der Ägypter waren in den ersten Jahrhunderten nach Christi freie Grubenbesitzer geworden, aus den Sklaven der damaligen Zeit entstanden die Knechte und Hülfskräfte der Grubenbesitzer. Um eine einzige Stufe waren die Grubenknappen der Verehrung des Menschen aus den Händen der Frau für andere näher gerückt. Die Grubenbesitzer waren zu der Zeit noch zumeist Freigekaufene, die ihrem ehemaligen Herrn noch untertänig waren, zum andern Teile waren es Angehörige unterjochter Völker, vielleicht niemals ganz unterdrückter Stämme. Schon aus jenen Zeiten, dem alten Ägypten sogar, lassen sich Spuren von organisierter Arbeitersolidarität erkennen. Sie hat schon Recht, wenn er meint, daß deswegen so wenig aufbewahrt und festgehalten worden ist, weil schon damals die besitzenden Klassen gar kein, zumeist sogar entgegengegesetztes Interesse daran hatten, solche „Empörungen“ bekannt werden zu lassen und womöglich gar zu vermeiden.

Im frühmittelalterlichen Deutschland lebte der Bergbau unter dem Segen der agrarfeudalistischen Gemeindefassung des altgermanischen Marktrechts schnell zu hoher Blüte auf. Der Grubenbesitzer war Eigentümer der Sippe, der Familiengemeinschaft, seine Erbschaftsrechte ebenfalls. In die altgermanische Schichtverfassung tritt sich ein kein die Entwicklung der Fürstentümer, der Könige und Kaiserreiche hinein. Mit der Unterjochung geht die Annektierung des wertvollen Grubenbesitzes an die Mächtigen über; der Vergarbeiter wird zum unfreien Froner, dessen Bergbauberechtigung abhängig ist vom Wohl und Wehe des Herrn, dessen Ertrag zum Teil dazu dienen muß, die Steuern zu leisten. Nicht überall ist die Unterjochung der Vergarbeiter gleichmäßig gelungen. So manche Gemeindefassung verteidigte ihr Recht auf den freien Bergbau mit Erfolg gegen die Annektierungsgehrte der Herren. Der Freibauer des Mittelalters leitete seine Arbeit oft zwischen Landwirtschaft und Bergbau resp. Erwerbstätigkeit. Nachdem die letztere durch die kostspieligeren Maschinen, die Hochwerke und Wasserkräfte für den einzelnen zu kostspielig geworden waren, blieb er nur Bergmann.

Mit dem Aufblühen der mittelalterlichen Städte beginnen sich in vielen Gegenden Deutschlands die Fronknechte zu lockern; aus dem höfischen Leibeigenen wurde der untertänige Zinspflichtige und halbfreie Pächter, der es wohl auch dahin brachte, seine Herrenlasten abzulegen.

Technisch-wirtschaftliche Gründe waren die Hauptursachen der Bergbaufreiheit der Vergarbeiter. Die Freiheit ermöglichte erst den rasch eröffneten und bald wieder verlassenen Kleinbetrieb im Bergbau. Die Abgabepflicht an die Herren konnte nur ausgesetzt werden, wenn dem Bergmann jede Möglichkeit gegeben war, überall nach Erzen zu schürfen. Die Knappen erhielten das Wasserrecht. Innerhalb der Gemeindefassung, aus denen sich später wohl mit die Gewerben, die Bergwerkseigentümer entwickelten, als der Betrieb mehr ins Große ging, wurden die Gewinne verteilt. In jener Zeit der Blüte des deutschen Freiknappentums trugen die Vergarbeiter ihr Recht in alle Länder. Überall sehen wir sie als freie Männer auftreten. Die direkte Gesetzgebung durch das freie Vergewalt wird in den Vergstädten üblich.

Die komplizierte der Bergbau wurde, um so rascher ging es mit dem freien Vergknappen zu Ende. Eine Klassenjagd, die sich schon

sie ihren nationalen Kongressen erst zur Beschlußfassung vorlegen und sich für diesmal noch der Stimme enthalten.

Ja, so ist, Österreich: Die Kinder gehören in die Schule und nicht ins Bergwerk. (Wabos) Es ist sehr fatal, daß hierüber auf einem internationalen Vergarbeiterkongress überhaupt noch Meinungsverschiedenheiten bestehen können. Die Haltung der französischen Delegierten ist geradezu unbegreiflich. Ihre Versicherung, daß sie im Prinzip Anhänger des gesetzlichen Verbots der Kinderarbeit sind, bedeutet gar nichts. (Rebhafter Zustimmung der Deutschen.) Sie sollten endlich einmal mit der Wahrheit herausreden, weshalb sie kein Verbot der Kinderarbeit wollen. Auf das feststehende Mandat sollten sie sich nicht berufen. Wir sind nicht nur Führer, wir müssen auch Treiber sein. (Rebhafter Zustimmung der Deutschen.) Das gleiche gilt in mancher Hinsicht auch noch für die Engländer. In dem Augenblicke, wo die mächtige englische Vergarbeiterbewegung aus der Überzeugung kommt, die Kinderarbeit muß verschwinden, wird sie auch bestärkt sein. Der Widerstand liegt nicht bei den Unternehmern, nicht bei der Regierung, sondern bei den Kollegen selbst. (Rebhafter Beifall der deutschen Delegierten.)

Sorrel, Frankreich: Das französische Gesetz bestimmt, daß Kinder vom 18. Jahre ab über Tag und vom 14. Jahre ab unter Tag beschäftigt werden können, wenn sie ein Attest über genügende Schulbildung vorlegen. In weiten Distrikten des französischen Bergbaues, vor allem in Centre, ist die Arbeit von Kindern unter 16 Jahren überhaupt nicht üblich. Wir sind im Prinzip mit der Resolution durchaus einverstanden. Unser letzter Nationalkongress aber hat erstakt: erst wollen wir einen anständigen Minimumlohn für die Väter erkämpfen, dann können wir für das Verbot der Kinderarbeit eintreten. Damit schließt die Debatte. Der erste Teil der deutschen Resolution wird einstimmig angenommen; der zweite mit den Stimmen Deutschlands, Österreichs, Hollands, Schwedens und Belgiens. Die französische und englische Delegation enthalten sich hier der Abstimmung.

Am vierten Verhandlungstage führt Kamerad Edwards, Vorsitzender des britischen Vergarbeiterbundes und Parlamentsmitglied, den Vorsitz.

Zu der Frage: Regelung der Arbeit im Bergbau, welche zunächst behandelt wurde, lagen vier Resolutionen von Österreich, Belgien, Deutschland und Frankreich vor, die die Achtstundenschicht einschließend Ein- und Ausfahrt fordern. Die deutsche Resolution lautet:

„Der Kongress ist der Ansicht, daß die Schichtzeit für alle in der Bergwerksindustrie beschäftigten Arbeiter über und unter Tage gesetzlich auf acht Stunden inkl. Ein- und Ausfahrt zu reduzieren ist. Vor besonders heißen und kalten Orten ist diese Schichtzeit auf höchstens sechs Stunden zu bemessen.“

Einig, Österreich: In Österreich haben 17 Prozent der Vergarbeiter (25 849) den Achtstundentag, 8 bis 9 Stunden arbeiten 68 Prozent (79 007); 9 bis 10 Stunden 2800, 10 bis 11 Stunden 10 491; 11 bis 12 Stunden 18 872, und über 12 Stunden arbeiten 8 Arbeiter. Die Kohlengrubenarbeiter, die unter Tage arbeiten, 70,87 Prozent aller Vergarbeiter, haben die Neunstundenschicht, die seit 1902 gesetzlich festgelegt ist. Unser nächstes Ziel ist die gesetzliche Festlegung der Achtstundenschicht.

Schmidt, Oberhausen (Vorstand des Dirsch-Dunderfischen Gewerksvereins): Bei und schränkt kein Gesetz die Arbeitszeit ein. Jeder Werksbesitzer kann sie festsetzen, wie es ihm gefällt. So verlängerte erst um die Jahreswende einer der reichsten deutschen Bergwerksmagnaten in Oberschlesien, einer aus der Familie Donneres, die Arbeitszeit ganz willkürlich von 8 auf 10 Stunden. Acht Wochen lang mußten die Kameraden für den Achtstundentag kämpfen. In Bayern hat die erste Kammer den von der zweiten Kammer angenommenen Achtstundentag abgelehnt. Die einzige gesetzliche Bestimmung besteht bei uns, daß bei einer Temperatur von über 28 Grad nur 8 Stunden gearbeitet werden darf. Meiner gibt dann ein umfangreiches Material über die Arbeitszeit im deutschen Bergbau. Danach haben 5126 Arbeiter, in der Hauptsache Schachtarbeiter, einen Arbeitstag von 8 Stunden, 1840 von 7 Stunden, 478 481 Arbeiter von 8 Stunden, ca. 50 000 Arbeiter eine Arbeitszeit von 8 bis 9 Stunden, 82 102 Arbeiter müssen 10 Stunden arbeiten und rund 60 000 noch länger. Eine Arbeitszeit von 12 Stunden haben 9883 Arbeiter. Sie ganzen haben nur rund 87 000 Vergarbeiter eine Arbeitszeit unter 8 Stunden gegenüber 887 000 Arbeitern, die länger arbeiten. Ungesichts dieser Zustände ist es begreiflich, daß wir mit aller Energie den gesetzlichen Achtstundentag verlangen. (Rebhafter Beifall.)

Die Resolutionen werden hierauf einstimmig angenommen. Österreich, Belgien und Frankreich fordern in drei Resolutionen auskömmliche Invaliden- und Hinterbliebenenrenten. Der belgische und französische Antrag bezeichnet als Minimum der Jahresrente 600 Franc.

Geert, Österreich, ein belgischer und ein französischer Delegierter begründen diese Resolutionen; das Rentenwesen sei in ihren Ländern absolut unzureichend.

Leimpe, Saarbrücken (Verband), erklärt, daß die deutsche Delegation im Prinzip für die Resolutionen sei, es aber für richtiger halten würde, wenn in der belgischen und französischen Resolution der geforderte Rentenfuß von 600 auf 900 Franc erhöht würde.

Gingefandte Bücher und Schriften.

Die Vergarbeiter. Historische Darstellung der Vergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Von Otto Hue. Erster Band. Stuttgart 1910. 3. u. 4. M. 2. Nachfolger. 466 Seiten. Preis broschiert 5 Mk., gebunden 6 Mk., Halbband 7 Mk. — Unsere Verbandskameraden erhalten das Buch gebunden zum Vorzugspreise von 4 Mk. durch die Firma S. Hansmann & Co., Bochum, Wismarstraße 39-42.

Über das vorliegende Werk schreibt „Der Stuckateur“, Organ des Zentralverbandes der Stuckateure, Gipser, Klempner und verwandter Berufsgenossen Deutschlands in seiner Nr. 13 von 1911:

„In den letzten Jahren sind durch die Beauftragten großer freier Gewerkschaften eine ganze Anzahl Bücher herausgegeben worden, die alle den einen Zweck haben, die Geschichte des Proletariats um ein Stücklein mitzuschreiben zu helfen. Jetzt hat Genosse Hue im Auftrage seiner Organisation wieder einen Baustein zu dem großen Werke beigebracht; sein im ersten Teile soeben herausgekommenes Buch erzählt die Geschichte der Vergknappen.“

Der Vergarbeiter begegnet uns schon in der Steinzeit. Das Bedürfnis nach Steinwerkzeugen erzeugte eine beinahe planmäßige Ausbeutung feuerfesterer Gesteine. Die Kultur, die im besseren Werkzeug liegt, erkannte die Unvorsichtigkeit des heutigen Menschen wohl ebenso an wie heute noch die Aufrichtigkeit, welche die Grünsteinhändler auch bei kriegerischen Konflikten ruhig ihre Hunderteileilwege ziehen lassen. Die uralten Salz- oder Gallerte sind vornehmliche Pflanzstätten menschlicher Götting geworden. Die Gallertkultur an dem gleichnamigen See Oberösterreichs blühte schon fünf Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung. Ihre Anfänge verlieren sich im Dunkel der jenseitigen Jahrbücher. Der schon damals vorhandene Tiefbau mag, solange Kisten und andere im Rhythmus der Lagerstätten waren, durch freie Männer, die ihre Zeit vielfach gar zwischen Schacht und Jagd oder Ackerbau und Fischfang teilten, erfolgt sein. Die Wälder der alten Kultur und ihre jüngsten Erben, die Römer, ließen den Reichtum der Erde, dessen Kernschmelze sie auch schon auf Eisen, Kupfer (Bronze), Blei, Zinn u. a. auszubeuten gelernt hatten, durch Sklaven ausbeuten. Der Vergarbeiter war damals ein gefährlicher Mensch, seine Vermietung ein so einträgliches Geschäft, daß Xenophon der Stadt Athen den Vorschlag machte, zur Aufbesserung ihrer Finanzen 6000 Vergarbeiter zu kaufen und dann zu vermieten. Hier, im Zeitalter der Sklaverei, wurde der Mensch schon in die Schächte getrieben. Der Kampf um das römische Kaiserreich zwang Kaufleute von Bergflüssen zum lebenslänglichen Fröhen in den Schächten. Leben und Sterben spielte sich für viele dieser Menschen unter der Erde ab. Das nimmermüde Schachern machte sich allen Reichtum des Erdinneren untertan, mit seinem Zusammenbruch, dem ja eine Überflutung seiner Besitzungen durch Sklaven und Freigekaufene vorausgegangen war, entsteht eine Art freier Bergbau gegen Pacht und unter Arbeitsvertrag.

Der Mensch war damals nicht mehr das billige Betriebsmittel wie zu den „Glanzzeiten“ der Sklaverei. Man mußte auf Verbesserung und Verwertung der Betriebsmittel bedacht sein; der Aufbau hatte mit dem Zusammenbruch des römischen Imperiums sein Ende erreicht.

Schon aus jener Zeit klingt das fürchterliche Lied vom Kindesleid zu uns. Kinder waren es, die die Lederfüße voll Erz — im Altertum wurde noch keine Kohle gebrannt, die Schmelzung der Erze erfolgte mit Holzkohle — zu Tage schleppten. Der zweifelhafte Ruhm, diese

vorbereitet hatte, da neben den freien Vergknappen schon Knechte mit in der Grube arbeiteten, vollzog sich und zerschmolz die patriarchalische Freundschaft aus handwerksbetrieblicher Zeit, wo Knappe und Knecht noch gemeinsam arbeiteten. Neben dem Grubenbesitzer fröndet der Grubenknecht.

Je eher die bergbauliche Arbeit nur unter der Voraussetzung größerer technischer Apparate und anderer Hilfsmittel noch möglich war, um so deutlicher mußte die Klassenföndung der Vergknappen eintreten. Die Vergknappenteile, die früher die Gewinnberechtigung der einzelnen Genossenschaftler regelte, wurden zum modernen annuitenden Zug, der vererbt, verkauft und verpfändet wurde. Die Freiknappen waren die Verrechtigten der Lehnherren und Landesfürsten. Das Unternehmerkapital kam so durch den Erwerb von Anteilen in den Bergbau. Aber auch schon damals wurden direkt Genossenschaften gegründet, die auf kapitalistischer Grundlage Bergbau betreiben wollten. Die Kaufherren des Mittelalters, die Rugeneigentümer waren, schloßen mit den künftigen Gewerben feste Verträge ab, nach denen ihnen bestimmte Gewinnanteile ausgeliefert werden mußten. Ob unter den Künftigen, den Lehnherrn u. a. noch Vergknappenteile in solch großem Ausmaß vorhanden waren, daß sie eine Klasse bildeten, läßt sich heute nicht sicher entscheiden. Daß es schon damals den eigentlichen Vergknappenteilen gab, ist aber festzustellen. Von ihm wissen wir nur so viel, wie in den Verträgen steht. Die Schrift war ja auch im Mittelalter noch eine wenig bekannte Kunst und irgendwelche Zeitung konnte man noch nicht. Sein Schicksal, als das der untersten Schicht der Vergarbeiter, ist also in unüberwindliches Dunkel gehüllt. Um so mehr wissen wir von den freien Vergknappen. Auf sie liegt aber noch und nach der Druck der Vergherren und zuletzt der Rugeneigentümer, der Erwerbskäufer u. a. immer stärker. Sein mit vielen Genossen — wenigstens für die damalige Zeit waren zumeist viel Vergarbeiter beisaamen — gemeinsames Interesse erzeugte zuerst eine starke Solidarität, die wir auf der anderen Seite aber auch leicht in Nationalpatriotismus ausarten sehen. In den Zeiten des Bauernkrieges sehen wir den Vergknappen mannhaft mitkämpfen und sich um seine Rechte, die ihm eben) immer mehr zu nehmen versucht wurde, wie dem Landbesitzer und Bauern, streiten. In jene Zeiten gehen auch die Jahrhunderte alten Bruderkassen und Knappkassen zurück. Besonders wichtig ist, daß die Knappkassen, die vor wenigen Jahren den bezeichnenden Namen „Vergknappenschaft“ erhielten, durchaus der freien Selbsttätigkeit der Vergknappen entsprangen. Das obriktliche Element hat sich da erst viel später hineingedrängt, mit der Rücksichtslosigkeit, die gerade im Bergbau ihre gründlichsten Organe gefeiert hat. Als die Brüderkassen aus religiös-logischen Unterhaltungsstellen zu wirtschaftlichen Interessenorganisationen auswuchsen, da kamen die Vergherren und Zuhörer der Sektionsgewalt und verboten die damaligen „Gewerkschaften“. Wie nahe noch wie heute.

Mit dem stets Größerwerden des Bergbaues differenziert sich auch die Vergknappenschaft. Die große Masse sinkt zur Klasse einer Lohnarbeiterföndung herab, die nichts mehr hat von dem „Vergknappen“, er floß in die Lagen der Vergknappenteile. Es kam so weit, daß eine Vergordnung verfügen konnte: Wenn die Knappen im Schacht sind, ist der Schlagbaum herunterzulassen, damit sich keiner unerlaubt eilferne. Damit ist das Schicksal der Knappen besiegelt. Aus dem ehemals freien Vergarbeiter, der sich selbst Geisse gab, ist ein Lohnflave geworden, dem man die Arbeitsdauer willkürlich verlängern und den Lohn ebenso willkürlich kürzen — genau so wie heute. Die bekannten Vorschläge des preussischen Handelsministers Schenck waren genau von derselben Art.

Vorsitzender Edwards erwidert, daß die Resolution sich nicht ändern ließe, stellt aber ausdrücklich fest, daß die Nation an einem bestimmten Tag nicht gebunden wäre. Daraufhin werden die Resolutionen einstimmig angenommen.

Zum ersten Male beschäftigt sich dann der Kongreß mit den Wohnungsverhältnissen und Mietverträgen der Bergarbeiter. Dazu liegt folgende Resolution der englischen Delegierten vor:

Wir bedauern unsere Enttäuschung über die elenden Wohnungsverhältnisse aus, unter denen die Bergarbeiter in vielen Kohlenbergwerkstrakten gegenwärtig leben, und wir fordern die verschiedenen Regierungen auf, Wohnungsgesetze in Angriff zu nehmen, die solche Zustände unmöglich machen.

Wir verlangen ferner von der Weltöffentlichkeit, daß sie die Ermittlung der Arbeiter während eines wirtschaftlichen Kampfes unterstützen soll.

Gilmore, England, schildert die erbärmlichen Wohnungsverhältnisse vieler Bergarbeiter. Hier müsse der Staat eingreifen. Mochte man aber auch jetzt schon erreicht werden, wenn die Arbeiter sich mehr um die Kommunalwahlen kümmern und ihre Vertreter in die Gemeinderäte wählen. Das Eigentumsrecht der Grundbesitzer sei eine barbarische Waffe, weil sie Frau und Kinder mit dem Manne treffe. So seien im letzten Jahre in Yorkshire auf einen Schlag 1000 Bergarbeiterfamilien auf die Straße gesetzt worden. Gewiß seien nicht alle Unternehmer von demselben Kaliber. Es gebe Unternehmer, die die Arbeiter, auch wenn sie ein Jahr lang streiken sollten, unbefehligt in ihren Wohnungen lassen würden. Aber gerade den Scharfmachern muß ein Gesetz die Hände binden.

Kartenberg, Gelsenkirchen (Verband), legt Mietverträge im Original vor, die den Bergarbeitern von den Unternehmern aufgegeben wurden. So verpflichtet der eine Kontrakt den Mieter, selbige Arbeiter, die auf derselben Grube arbeiten, auf Verlangen der Grubenverwaltung in Schlafställe und Kott zu nehmen. Den Preis bestimmt die Verwaltung. Außerdem wird bestimmt: „Hört das Arbeitsverhältnis des Mieters auf, so hat der Mieter die Wohnung innerhalb zwei Tagen nach dem Aufhören des Arbeitsverhältnisses zu verlassen und zurückzugeben. Es ist indes nicht ausgeschlossen, daß dem Mieter auf sein Verlangen die Weiterbenutzung der Wohnung noch bis zum ersten des auf das Aufhören des Arbeitsverhältnisses folgenden Monats gestattet werden kann, wenn er die Miete bis dahin sofort im voraus bezahlt.“ Weiter schildert Kartenberg das Wohnverhältnis in anderen deutschen Bergrevieren, besonders im Waldburger Revier. Ein Drittel der Bergarbeiterwohnungen besteht dort aus einem Zimmer. Eine Reihe von Photographien zeigen die entsetzlichen Zustände in diesen Einzelzimmerwohnungen. Mann, Frau und sechs bis acht und mehr Kinder wohnen in einem niederdrückenden Bergarbeiterdorf in einem verhältnismäßig kleinen Raum. Nicht bis zehn Mark werden monatlich für diese Räume gezahlt. Eltern und Kinder schlafen, wohnen und kochen in einem solchen Raum. Betten sind nicht vorhanden, sie schlafen in Stößen und Kassen. Mit solchen Zuständen muß aufgeräumt werden. Der Kongreß stimmt hierin einstimmig zu.

Der französische Abgeordnete und der belgische Delegierte berichten über die Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter in ihren Ländern, die zum Teil außerordentlich traurig seien. Sie bedauern ihre Freunde darüber, daß die Arbeiterbewegungen in der Tagesordnung des internationalen Kongresses genommen sei und zeigen, daß die Unternehmern, wenn sie den Arbeitern Wohnungen zur Verfügung stellen, sie nur knebeln wollen.

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Dem Kongreß liegt folgende Resolution Großbritanniens für den Weltfrieden vor:

„Dieser Kongreß begrüßt mit Freuden die Anstrengungen, die angestellt werden, um den allgemeinen Weltfrieden herbeizuführen, und gibt im Namen der hier vertretenen Nationen der Ansicht Ausdruck, daß alle Streitigkeiten zwischen den Nationen auf dem Wege der Einigung oder des schiedsgerichtlichen Verfahrens beigelegt werden sollten.“

Thomas Wurt, Mitglied des englischen Parlaments, früherer Unterstaatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten, führt dazu begründend aus: Es ist eine große Freude und Ehre für mich, daß die britische Föderation mich beauftragt hat, die Resolution, die sich für den Weltfrieden ausspricht, zu begründen. Die wichtigste Frage im Weltfrieden ist die Erhaltung des Friedens. In der Erhaltung des Friedens liegt die Gewähr für eine fortschreitende Entwicklung der Menschheitskultur. Ich habe schon wiederholt zu ähnlichen Resolutionen auf den internationalen Bergarbeiterkongressen gesprochen und kann mich daher heute kurz fassen. Im Zeitalter des internationalen Verkehrs, wo selbst die Luft eroberbar wird von dem Menschengeist, ist es unerträglich, haben zu denken, daß einmal zwei Völker, die im friedlichen Wettstreit ihre Kultur fördern, zum blutigen Kampf gegen einander geführt werden sollten. Es bedeutet das einen Rückfall in die Barbarei und ist in jeder Beziehung ein Hindernis der Zivilisation. Speziell muß gesagt werden, daß die riesigen Ausgaben für Kriegszwecke und Marine eine außerordentliche, stets steigende Belastung der Völker darstellen. Gerade diese Ausgaben bilden das stärkste Hindernis für die Fortentwicklung der sozialen Reformgesetzgebung. Wenn für die Armen und Arbeitsunfähigen aus öffentlichen Mitteln geistliche Leistungen verlangt werden, dann wird entgegen, es sei kein Geld da. Für militärische Zwecke ist aber stets Geld vorhanden. Der internationale Bergarbeiterkongreß ist der Ort, der in Anbetracht der kulturellen Bedeutung der Bergarbeiter besonders geeignet ist für eine Friedensdemonstration. Das hat die britische Bergarbeiterföderation schon früh erkannt und deshalb wiederholt Resolutionen für den Frieden beantragt, die auch stets einstimmig Annahme fanden. Die Bergarbeiter sind in dieser Frage als Pioniere vorgegangen. Andere Berufsorganisationen sind gefolgt. Dieser Erfolg erfüllt uns mit großer Freude. Ich bitte Sie, die vorgeschlagene Resolution einstimmig anzunehmen, um damit zu bezeugen, daß diese Kongress, besetzt von zahlreichen Nationen, der Meinung ist, daß die Menschen zu den Menschen gehören, die Nationen sich brüderlich die Hand reichen und sich nicht in blutigen Kriegen zersplittern sollten. (Stürmischer Beifall.)

Ditto Huc, Mitglied des deutschen Reichstags: Die Tatsache, daß der ehrenwürdige Mr. Wurt, dessen lange Lebensgeschichte auch ein gut Teil britischer Bergarbeitergeschichte ist, von der britischen Delegation bestimmt wurde, die Friedensresolution zu begründen, ist ein Beweis dafür, welchen Ernst und welche Wichtigkeit die Antragsteller dieser Resolution bemessen. Sie ist weiter eine Bestätigung für die Gefühle der Freundschaft, denen Mr. Edwards in seiner Begrüßungsrede bei der Eröffnung des Kongresses Ausdruck gegeben hat. Ein hervorragender britischer Staatsmann, Mr. Lloyd George, hat kürzlich im hiesigen Mansion House (Mantelhaus) eine vielbeachtete Rede gehalten, worin er sagte: Wenn die Ehre einer Nation tangiert sei, dann bleibe unter Umständen nur ein Appell an die Waage. Ich will nicht ganz von der Hand weichen, daß es Augenblicke im Leben der Völker geben kann, in denen sie zur Wahrung ihrer Lebensinteressen zu dem letzten Mittel greifen müssen, wie ja auch die Arbeiterbewegung, wenn alle friedlichen Verhandlungen gescheitert sind, zu dem letzten Mittel, der Arbeitszeinstellung, greift. Aber was sind Lebensinteressen der Völker? Wer entscheidet darüber? (Sehr laut.) Die Völker in der Regel nicht, sondern die Vertreter der jeweils herrschenden Klasse oder Klasse. War es ein Lebensinteresse des japanischen Volkes, in den Krieg mit Amerika hineingezogen zu werden? Oder haben Lebensinteressen des russischen Volkes auf dem Spiel? Welches muß anerkannt werden. Gebot des Lebensinteresses des deutschen Volkes die Kriegsgenossen zu sein, 1864, gegen Dänemark 1866, gegen Frankreich 1870/71? Eine entzogene Vertreter dynamischer Interessen behaupten das. (Stürmischer Beifall.) Gal nicht die Ausrüstung eines Völkerkrieges eine anhaltende Spannung zwischen Frankreich und Deutschland erzeugt, als deren Resultat wir heute die Welt in Waffen sehen? (Lebhafter Beifall.) Was für ein Lebensinteresse des britischen Volkes galt es im Transvaalkrieg zu wehren? Es war ein Krieg der goldgrubigen Spekulationen, deren Interesse heute wieder auf Marokkos Wüsten gerichtet ist. (Sehr laut.) Zustimmung auch der Engländer und Franzosen.) Die Folge des deutsch-französischen Krieges ist gewesen eine ungesagte Belastung der Völker für den Militarismus, die Zerrüttung der Staatsfinanzen, daneben die Steigerung der kapitalistischen Spekulation, die Verleinerung der Lebenshaltung der Völker durch indirekte Steuern. Dasselbe in Japan nach seinem Siege über Rußland. Nur den Ruf der Gerechtigkeit und der Dynastie hat das Volk immer erhobene Laute zu tragen. Anlässlich des Transvaalkrieges wurde von der britischen Regierung ein Kohlenausfuhrverbot zur Deckung der Kriegskosten erlassen. Ich enthalte einer ähnlichen Entscheidung über die Kohlenausfuhr im britischen Bergbau, daß während der Eröffnung des Kohlenausfuhrverbotes den britischen Kohlenbergwerken über 100 Millionen Mark Kohlenabzüge zuteil geworden sind. Auf diese Weise haben die Grubenbesitzer den größten Teil des Kohlenausfuhrverbotes wieder herein. So wählen die besitzenden Klassen die Zeiten des Krieges herein und indirekt auf die arbeitende Bevölkerung ab. Und während die herr-

schende Klasse in England aus industriellen und kommerziellen Unternehmungen im In- und Ausland ungeheure Reichtümer anammelt, während Indien, Südafrika und andere britische Kolonien unermessliche Schätze an das Mutterland abführen, ist die Armut in diesem Lande zu einer erschreckenden Höhe gestiegen. In seiner großen Stadt sah ich so große Mengen völlig bedürftiger, in Lumpen gekleideter Menschen (lebhaft Zustimmung), eine so entsetzlich große Zahl verarmter Kinder im Straßenstaub liegen, als in London. (Große Bewegung der Engländer.) Und dieses ist die Metropole des sprichwörtlich reichen britischen Weltreiches. Das bestimmt uns auch, zu sagen: Selbst kriegerische Kriege dienen nicht der Wohlfahrt des Volkes (lebhafter Zustimmung), von unglücklichen Kriegen ganz zu schweigen. Die Entwicklung der kulturellen Kräfte, die in den Völkern schlummern, wird gehindert im Zeichen des erbitterten Wettbewerbs zwischen allen Nationen. Internationale Schiedsgerichte dienen der Volkswohlfahrt besser, als die Entscheidung durch die Waffen des Krieges. Der Gedanke, der sich manifestiert in dem geflügelten Wort: „Die Waffen nieder!“, ist auf dem Vormarsch. Das beweist auch die Marokkofrage, die von den Kriegsherrn in den beteiligten Ländern gern zu einer durch blutige Waffengänge zu lösenden Streitfrage gestempelt werden möchte. Auch in England gibt es eine Anzahl Zeitungen, die zum Kriege heizen. Demgegenüber stelle ich fest, ohne den anderen Namen zu nennen, daß es eine Delegation ist, die von den englischen Freunden so freundlich und kameradschaftlich aufgenommen worden, als die deutsche und österreichische Delegation. (Stürmischer Beifall der Engländer.) Und da sage ich: Was in unserer deutschen Kriegspresse vom streifen, gehässigen Engländern zu lesen ist, das ist erlogen (stürmischer Beifall), wie unsere persönlichen Erfahrungen und geistlich haben. Das Lebensinteresse der Völker verlangt eine schiedsgerichtliche Beilegung der entstehenden Interessenkonflikte, so auch des verhältnismäßig geringen Konfliktes wegen Marokko. Der internationale Bergarbeiterkongreß soll seine Stimme erheben zugunsten der Friedensbestrebungen, dadurch werden wir unseren brüderlichen Aufgaben gerecht und dienen den Lebensinteressen aller Völker. (Stürmischer Beifall.)

Quintin, Frankreich, begründet folgende Resolution:

„Der Kongreß bedauert mehr als jemals seinen festen Entschluß, den Frieden unter den Völkern aufrecht zu erhalten. Im Namen der gesamten Menschheit protestiert er gegen die Idee des Krieges an sich und gegen alle kolonialen Abenteuer. Marokko ist ihm ein Verweis dafür, daß die Skarlatane des Kapitals und der großen Finanz sich nicht scheuen, Tausende von Menschenleben zu opfern, um ihren Hunger nach Gold zu befriedigen. Demgegenüber erklärt der Kongreß, der internationale Bund der Bergarbeiter ist entschlossen, die Arbeit sofort einzustellen, wenn auf Wunsch eines Monarchen oder einer bürgerlichen Republik der erste Blutenschuß losgehen sollte.“

Da diese Resolution dem Geschäftsausfluß nicht vorgelegen hat, kann aus formalen Gründen über sie nicht abgestimmt werden. Die englische Friedensresolution wird unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Der Vorsitz führt am fünften Verhandlungstage Marzelle, Belgien. Zunächst wird die Frage der Produktionsregelung beraten. Eine Resolution der belgischen Delegierten lautet:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Regelung der Kohlenproduktion wirtschaftlich wertvoll ist und daß zur Erreichung dieses Zweckes alle verfügbaren Mittel, wenn nötig auch die internationale Arbeits-einstellung, angewandt werden müssen.“

Die französische Resolution lautet:

„Im Falle eines Generalstreiks in einem Lande haben die Bergarbeiterverbände der benachbarten Länder ihre Förderung mittels einer energisch durchgeführten Arbeitseinstellung einzuschranken.“

Die belgische Resolution wird von Callubert, die französische von Cadot genehmigt.

Wassmann, Düsseldorf i. W. (Verband): Das Thema von der Schmutzkonturierung des Kohlenhandels im Ausland gründlich zu erörtern, würde zu weit führen. Auf seinen Fall läßt sich in öffentlicher Sitzung die Frage erörtern, was in einem Streitfall an internationaler Hilfe geleistet werden kann. Die Schlacht wäre verloren, bevor sie begonnen, wenn die Weltbevölkerung vorher wüßte, was geplant ist. Mit der Überweisung der Resolution an das internationale Komitee sind wir einverstanden. Die Voraussetzung für alle solche Klänge ist der Ausbau der nationalen Verbände.

Nachdem sich noch Jaxa, Österreich, und Williams, England, in ähnlichem Sinne zu den Resolutionen ausgesprochen, werden dieselben einstimmig dem internationalen Komitee überwiesen. Eine belgische und eine deutsche Resolution fordern unter Hinweis auf die gefährliche und gesundheitschädliche Arbeit im Bergbau die Einführung von 14 Tagen Ferien.

Marzelle, Belgien, weist zur Begründung darauf hin, daß die Ferien auch infanterie gegenwärtig wirken würden, als sie die Aufschlüsselung von Kohlen und das Sinken der Kohlenpreise verhindern würden. Dann würden sich auch die Löhne auf anständiger Höhe halten lassen.

Siepmann, Langendreer (Verband): Andere Kategorien von Arbeitern haben die Ferien bereits, so die Bahnen- und Postbeamten, die Grubenbesitzer fast überall und die Jahrgänger auf manchen Gruben. Bei der Gefährlichkeit der Bergarbeit sind die Ferien notwendig, um die Arbeiter gesund zu erhalten. Leider werden sie in Preußen nur wenigen Arbeitern zuteil. Die Jahresberichte der preussischen Bergbehörden von 1910 weisen von etwa 4000 Arbeitern zu berichten, daß ihnen Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden sind. Das einzige Bergwerk im Dortmunder Revier, das von Ferien zu berichten weiß, ist die Königl. Steinkohlengrube in Zöbenbüren, die zehn Arbeitern sechsstägige Ferien unter Weiterzahlung des Lohnes gewährt hat. Im Revier Munkfingen erhielten 1251 Bergleute, im Revier Ost-Zaandam 1345 Bergleute eine Woche Ferien, an Lohn wurde an sie während dieser Zeit 31.313 Mk. und 36.313 Mk. gezahlt.

Nachdem sich noch Cair, England, und Wogan, Frankreich, für die Resolutionen ausgesprochen, werden dieselben einstimmig angenommen.

Ein deutscher Antrag, den internationalen Kongreß nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, wird abgelehnt. Für ihn stimmen Deutschland, Österreich, Holland und Schweden; dagegen Großbritannien, Belgien und Frankreich, welche die meisten organisierten Arbeiter vertreten und daher die Mehrheit haben.

Der internationale Sekretär wird in der Person, zum Präsidenten Edwards und zum Kassierer Abraham gewählt. Die nationalen Sekretäre sind: für Deutschland, Jaxa für Österreich, Wogand für Frankreich, Marzelle für Belgien und Wogand für England.

Das internationale Komitee erhält eine teilweise andere Zusammensetzung. Für Deutschland werden Sachs und Witt für den Verband, Myer für die Polnische Berufsvereinsung und Schmidt für den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gewählt; für England Edwards, Abraham und Smilie; für Holland Giers und für Schweden Lundberg.

Die Frage, wo der nächste Kongreß stattfinden soll, macht einige Schwierigkeiten. Deister, das an der Spitze ist, muß ablehnen, weil die Kameraden nur das Mandat haben, ihn für 1913 einzuladen. Schließlich wird dem internationalen Komitee die Bestimmung des Ortes für jetzt und später überlassen.

Weltwirtschaftliche Rundschau.

Schnapsdividenden.

Die Société de la Distillerie de la Biqueur Benedictine de l'Abbaye de Fécamp, die den bekannten französischen Benedictinerlikör herstellt, hat für das letzte Geschäftsjahr einen Reingewinn von 2.845.725 Franken erzielt. Abgesehen von den Dividenden der Gesellschaft für die letzten zehn Geschäftsjahre geben folgende Übersicht:

Geschäftsjahr	Anzahl der Aktien	Reingewinn	Dividende
1901/02	1.370.942	2.154.693	260
1902/03	1.424.700	2.225.828	300
1903/04	1.440.839	2.143.523	300
1904/05	1.483.922	2.294.435	320
1905/06	1.561.700	2.327.342	320
1906/07	1.624.872	2.431.077	340
1907/08	1.632.577	2.431.077	340
1908/09	1.706.164	2.616.120	350
1909/10	1.950.665	3.219.695	400
1910/11	1.869.184	2.845.725	400

Da die Aktie 500 Franken beträgt, bedeutet die Ausschüttung von 400 Franken eine Dividende von 80 Proz. — Gegen spendender Schnaps!

Deriviertel Jahr Schnapsverbrauch.

Die Geschäfte gehen schlecht, daran läßt sich nur schwer etwas ändern — so lautet all die letzten Zeilen der Spiritusentwertung. Nur zu gern möchte man die — Schnapspreise heraufschrauben; aber, aber, die Gurch von den bösen Sozialdemokraten hindert daran. Schließlich doch erst kürzlich die im Verband deutscher Spiritus- und Spiritusentwertung organisierten Schnapsverkäufer Riels und Umgegend in einer ihrer Versammlungen: es würde sicher der sozialdemokratische Boykott erneut angeordnet werden, wenn es durch eine Konvention mit der Spirituszentrale zu einer Preissteigerung des Schnapses komme. Produktion und Trinkbrennweinverbrauch in Deutschland betragen nämlich innerhalb der ersten neun Monate des jeweiligen Berichtsjahres in Hektolitern die folgenden Summen:

	1910/11	1909/10	1908/09	1907/08	1906/07
Erzeugung	8.845.108	8.807.272	4.071.988	8.811.865	8.637.750
Trinkverbrauch	1.404.845	1.848.399	1.874.077	1.809.660	1.854.248

Demnach ist die Brennweinherzeugung innerhalb der neun Monate des laufenden Jahres gegenüber derselben Zeit des vergangenen um genau 102.191 Hektoliter zurückgegangen. Die Trinkbrennwein-Verbrauchsziffer ist gegenüber 1909/10 zwar wieder etwas gestiegen, dies bedeutet aber bei der traurigen Bemühung der Spirituszentrale, den Brennweinverbrauch zu gemäßigten Preisen zu verkaufen, nicht allzu viel. Wichtig bleibt: die Produktion sinkt immer weiter. Daß sie noch weiter sinkt und mit ihr auch der Brennweinverbrauch zu Trinkweiden, das ist die ernste Aufgabe jedes denkenden Volkswirtschafters. Darum, Arbeiter, meidet konsequent den Schnaps, daß nicht freiwillig Preisgeben an die Zölner und Steuern an den Staat, der euch feindlich gesinnt ist!

Fremdländische Arbeiter in Deutschland.

Die Fremdarbeiterzentrale weist in ihrem letzten Bericht nach, daß im Jahre 1910 in der deutschen Landwirtschaft und Industrie 588.531 fremdländische Arbeiter beschäftigt waren. Von diesen war der weitaus größte Teil, 323.226, Polen. Im weitem Abstände folgen Ungarn mit 82.082, Italiener mit 60.000 und Belgier mit nahezu 54.000, Italiener mit 39.072. Die Zahl der aus Rußland und Österreich herübergekommenen ausländischen Arbeiter betrug 80.000. Der weitaus größte Teil dieser fremdländischen Arbeiter, rund 400.000, entfällt auf die Landwirtschaft. Von ihnen waren rund 280.000 Polen.

Natürlich ist diese Aufschlüsselung der Zahl der fremdländischen Arbeiter keine vollständige. Nur für die Landwirtschaft mag sie annähernd zutreffend sein. In der Industrie, im Gewerbe usw. sind weit mehr solcher Arbeiter beschäftigt, als die aus der Nachschreibung sich ergebende Zahl. In der Industrie bilden die Italiener, Österreicher und Ungarn den größten Teil der fremdländischen Arbeiter.

Die Versorgung der Landwirtschaft und der Industrie mit fremdländischen Arbeitern bildet bekanntlich den Gegenstand eines regelrechten, wohlorganisierten und höchst eintätigen Handels. Agrarier und Industrieller bedienen sich sehr, um möglichst billige und gefällige Arbeitskräfte, kulturwidrige, wirtschaftlich und politisch indifferente Proletariate zu bekommen und mit ihnen einen Druck auf die heimischen Arbeiter und gegen deren Organisationen auszuüben, unter dem Vorzeichen des „Mangels an Arbeitskräften“.

Soziale Rechtfertigung und Arbeiter-Vericherung.

Neues Verfahren zur Berechnung der kleinen Renten.

Ein neues Verfahren um die sogenannten „Schnapsrenten“ (Renten bis zu 25 Prozent) zu berechnen, wendet die Knappschaftsberufsgenossenschaft Section II, Wamborn, an, wie folgender Fall zeigt. Der Bergmann Schulz aus Hamborn, welcher eine Rente von 15 Prozent bezog, wurde zu einer neuen Untersuchung aufgefordert. Als er untersucht war, wurde ihm folgendes Schriftstück zur Unterfertigung vorgelegt:

Schulz 1885.

Ich bin damit einverstanden, daß meine Rente von 15 auf 10 Prozent gemindert wird und daß der Vorstand der Section II der Knappschaftsberufsgenossenschaft hierüber durch Beschluß befindet. Ich beantrage, daß ich für die Folgen meines Unfalls vom 31. 8. 1900 mit einer einmaligen Kapitalzahlung von 850 Mark abgefunden werde. Ich bin darüber bereit, daß ich auch dann keinen Anspruch auf Rente mehr habe, wenn sich mein Zustand verschlechtert.

Hamborn, den Juli 1911.

Diese Sorte Schriftstücke waren anfangs handschriftlich ausgestellt, in den letzten Tagen aber erschienen sie schon in Maschinenschrift. Ein Beweis, daß das Schreiben zu unhandlich wird und System in die Ende gebracht ist, die kleinen Renten zu berechnen. Den Unfallschaden empfinden wir, sehr vorzüglich zu sein, und bei ärztlichen Untersuchungen, wenn ihnen vorzuziehen oder ähnliche Schriftstücke zur Unterfertigung vorgelegt werden, die Unterfertigung zu verweigern. Überhaupt möchte man mit dem Unterfertigen irgend eines Schriftstückes sehr vorsichtig sein. Nicht man in Betracht, daß Zehntausende von Bergarbeitern aus dem alten Deutschland und aus Österreich, Böhmen, Galizien, Arum, Estland, Italien, Holland und Belgien der deutschen Sprache in Wort und Schrift nicht mächtig sind, oder sie nur mangelhaft beherrschen, des Lesens und Schreibens unfähig sind, so ist das Vorzuziehen an derartige Leute, ihnen vorgelegte Schriftstücke zu unterfertigen, geradezu ein Verstoß gegen Treue und Glauben. Die Berufsgenossenschaft wird mit den richtigen Mitteln natürlich nur zu oft ihren Zweck erreichen, und die Arbeiter sind nachher die Geschädigten. Diejenigen, welche sich eine Abfindungsumme gablen lassen, haben bei einer etwaigen Verschlechterung ihres durch den Unfall hervorgerufenen Leidens nachher keinerlei Ersatz-Ansprüche mehr. Bei den Untersuchungen sucht man den Unzufriedenen auf ungehörige Weise den Abfindungs-Antrag schmeichelt zu machen. „Ihr Zustand hat sich bedeutend verbessert, auch haben Sie sich schon derart, daran gewöhnt, daß es Sie bei der Arbeit nur noch wenig hindert.“ In einigen Jahren werden Sie durch Ihren Unfall gar nicht mehr gehindert werden. Sie bekommen jetzt noch 10 Prozent und in 1 bis 1 1/2 Jahre wird man Ihnen Ihre Rente ganz entziehen. Wenn Sie sich nun abfinden lassen, da haben Sie wenigstens den Genuß der Rente noch für 3 Jahre gesichert, während Sie so in ein paar Jahren überhaupt keine Rente mehr bekommen.“ So in dieser Form naht sich der Verführer. Da nun viele Kumpels den väterlichen Ermahnungen der Berufsgenossenschaftsärzte Glauben schenken und auf Grund der fortgeschrittenen Renten-Untersuchungs-Verfahren befürchten, der Arzt könne doch Recht behalten, so hüpfen sie auf die Reimute. Wir warnen daher die Unzufriedenen, wenn ihnen der Arzt die Abfindung vor schlägt, hierauf einzugehen. Wenn der Arzt den Unzufriedenen anrät, sich abfinden zu lassen, so hat er ungewissheit erkannt, daß die Unfallfolge eine dauernde ist. Um nun die Berufsgenossenschaft von einer dauernden Rentengahlung zu entbinden, sucht sie die Unzufriedenen zur Abfindung zu drängen. Daß der Arzt den Rat erteilt, ändert nichts an der Sache. Den darf man in jedem Falle lediglich als den Auftraggeber der Berufsgenossenschaft ansehen. Keinen Arzt, welcher einräumt, daß die Unfallfolgen in kurzer Zeit verwinden und ausgeheilt sind, wird es einfaßliche neue Untersuchung herbeiführen, um dem Rentner möglichen schnell die Rente zu kürzen. Aber auch noch ein anderes Ziel verfolgen die Berufsgenossenschaften mit der Einleitung einer Massenabfindung der Renten bis zu 25 Prozent oder, wie der Berufsgenossenschafts-Schmedding, Münster, sagt, der „Schnapsrenten“. Es ist eine laie bekannte Tatsache, daß vom Schiedsgericht der Berufsgenossenschaft, Section II, bedeutend weniger Unfälle zugunsten der Verletzten entschieden werden, als dieses im Durchschnitt in den anderen Sectionen geschieht. Woran liegt das? Es ist weiter eine Tatsache, daß vom Schiedsgerichtseinstand bedeutend mehr Rekluse in Unfall-Streitigkeiten, welche von der Section II abgelehnt sind, zugunsten der Verletzten entschieden werden, als im Durchschnitt. Wie hängt das zusammen? Mit dem Zutritt der neuen Reichsversicherungsordnung fällt das Reichsversicherungsamt weg, die höchste Instanz ist dann das Berufsgenossenschaftsgericht. Da nun das Berufsgenossenschaftsgericht als höchste Instanz keine Revision der gefällten Urteile zu befürchten hat, so wird es voraussichtlich nicht besonders bestrebt sein, sich das Vertrauen der Unzufriedenen zu erwerben, sondern voraussichtlich wird die Tendenz so sein, daß Unternehmer und Bergarbeiter, welche zusammen die Mehrheit im Spruchkollegium bilden, die Unfall-Urteile noch verschlechtern. Vielleicht wird man bei dieser Neuorganisation von bormherigen Renten unter 20 Prozent überhaupt ablehnen? Und um nun zu vermeiden, daß beim Inkrafttreten der neuen Versicherungsordnung

Zehntausende von Montanern unter 20 Prozent mehr vorhanden sind, als in einigen Jahren, und nur nicht den Anschein zu erwecken, als wenn es den Unfallversicherungsgesellschaften vorbehalten bliebe, die bestehenden Renten unter 20 Prozent aufzuheben, kann man sehr wohl der Auffassung sein, daß die Massenabfindung die Einleitung zur Auflösung der kleinen Renten sein soll. Wir erfordern daher die Abfindung, jeden bekannten Abfindungsantrag ihren Organisationen mitzuteilen und gleichzeitig vor der Unterzeichnung der Abfindungsanträge zu warnen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

„Entbehrungslohn“ der Werksbesitzer.

Nach den Berichten der Reichspresse sind die Werksbesitzer bei vielen Betrieben im zweiten Vierteljahr 1911 gegen das erste Vierteljahr etwas zurückgegangen. Trotzdem aber gibt selbst die „Bergwerks-Zeitung“ vom 30. Juli ihre Zufriedenheit mit den Betriebsergebnissen wie folgt aus:

„Trotz dieses wenig günstigen Ergebnisses im zweiten Vierteljahr können die meisten Betriebe mit dem Ergebnis des ersten Halbjahrs noch zufrieden sein.“

Im der Tat, sie können zufrieden sein. So ergab sich Uberschuß im ersten Halbjahr:

	1910	1911
WZ.	WZ.	
König Ludwig	849 020	1 208 174
Höfner	228 547	307 420
Graf Schwerin	386 402	487 604
Schmidt	320 220	261 518
Abt. G. G. G.	801 848	1 020 126
W. G. G.	20 509	52 004
W. G. G.	501 710	582 410
W. G. G.	1 824 978	1 758 408
W. G. G.	710 810	700 000
W. G. G.	1 000 000	1 387 482
W. G. G.	1 161 282	1 588 200
W. G. G.	1 589 104	1 618 407
W. G. G.	1 210 084	1 210 485
W. G. G.	241 552	388 288
W. G. G.	7 170 000	6 990 000
W. G. G.	5 080 255	5 418 065
W. G. G.	2 002 985	1 831 018
W. G. G.	244 971	204 181
W. G. G.	157 978	208 085
W. G. G.	1 289 551	1 810 500
Summa:	26 720 097	28 503 430

Der Gesamtüberschuß der angeführten 20 Betriebe ist demnach gegen den von 26 720 097 WZ. im ersten Vierteljahr 1910 auf 28 503 430 WZ. im ersten Vierteljahr 1911 d. i. um 1 774 833 WZ. oder 6,6 Proz. Das läßt sich schon hören und die „Zufriedenheit“ der „Bergwerks-Zeitung“ läßt sich damit erklären. Auch sind die Ausgaben für die Werksbesitzer, noch bessere Uberschüsse zu erzielen, die den besten, das muß selbst die Reichspresse zugeben.

So berichtet die „Industrie“ vom 2. August, daß das Geschäft im Juli zwar sehr ruhig gewesen, bemerkt aber dann weiter:

„Aber die Gesamtentwicklung der deutschen Industrie ist ohne Zweifel nach oben gerichtet, und bei einem normalen Gange der Dinge muß auch der Kohlen- und Stahlsatz zum Herbst in steigender Richtung sich bewegen. Wenn man schon eine Prognose (Vorandeutung) bezüglich der Betriebsergebnisse im dritten Vierteljahr stellen will, so darf man wohl der Erwartung Raum geben, daß sich diese wieder bessern werden.“

Die Uberschüsse der gemischten Montanbetriebe ergeben durchgehend ebenfalls eine Steigerung der Gewinne, trotz der ständigen Klagen über schlechte Preise.

Bei der bayerischen Maximilianshütte in Rosenburg (Oberpfalz) betrugen die Ergebnisse:

	Uberschüsse	Dividende
1905/06	2 876 289 WZ.	28,38 Prozent
1906/07	2 889 214	25,08
1907/08	2 259 888	22,16
1908/09	1 283 119	16,03
1909/10	2 408 002	21
1910/11	2 085 861	28,38

Mit gleichfalls vorzüglichen Differenzen schließt der Bochumer Verein das Geschäftsjahr 1910/11 ab. Vergleich mit den Ergebnissen vom Vorjahre ergibt folgendes Bild:

Geschäftsjahr	Umsatz	Reingewinn	Dividende
1901/02	8 864 424 WZ.	1 579 202 WZ.	2 105 132 WZ.
1902/03	8 844 427	1 580 593	2 054 838
1903/04	4 458 910	1 140 250	3 818 057
1904/05	4 078 341	1 181 787	3 541 553
1905/06	5 498 724	1 122 773	4 475 951
1906/07	6 048 388	1 188 081	4 856 701
1907/08	6 095 511	1 326 080	4 386 500
1908/09	5 233 293	1 042 066	3 592 423
1909/10	5 420 516	1 790 080	3 629 850
1910/11	6 250 000	1 800 000	4 450 000

Ist die Dividende für 1910/11 mit 12 1/2 Prozent auch niedriger als die Dividende in den Jahren 1905/06, 1906/07 und 1907/08, so ist der Höchstgewinn im Jahre 1910/11 höher als der Höchstgewinn in den genannten Jahren. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß das Kapital damals nur 25,2 Millionen Mark betrug und inzwischen auf 30 Millionen Mark gestiegen ist.

Die Unsicherheit über die Frage ob das Kohlenyndikat wieder zustande kommt, läßt auf die Gestaltung des Kohlenmarktes jedenfalls auch keinen günstigen Einfluß aus. Obwohl der jetzige Syndikatsvertrag erst 1915 abläuft, hat man schon im Mai dieses Jahres eine Kommission eingesetzt, welche die Vorarbeiten zur Erneuerung des Syndikatsvertrages in Angriff nehmen soll. Es gilt, die widerstrebenden Interessen der reinen Bechen und Güttengchen und der jetzt noch außerhalb des Syndikats stehenden Bechen unter einen Hut zu bringen, was keine leichte Aufgabe ist. Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, ist noch nicht abzusehen, doch scheint man eifrig nach einer Grundlage zur Verständigung zu suchen. Die „Kölnische Zeitung“ berichtet:

„Beim Kohlen-Syndikat überlegt man sich zurzeit, wie man über die wichtige Frage der Umlage zu einer Verständigung zwischen reinen Bechen und Güttengchen gelangen könne. Daß eine Umlage von 10–12 Proz. allein auf die Schmelzer der Güttengchen gelegt, diese schließlich erdrücken muß, wird nirgendwo bestritten. Man ist daher auf den Vorschlag verfallen, einen bestimmten Prozentsatz der Umlage, etwa 5 Proz., auf den vom Syndikat erzielten Abschlag zu legen, das darüber hinausgehende Mehr aber zwischen reinen Bechen und Güttengchen zu halbieren, so daß die Belastung für letztere ermäßigt würde. Abgesehen davon, daß die Belastung für letztere ermäßigt würde, wäre die Umlage der Güttengchen nach diesem Vorschlag auf 5 Proz. herabgesetzt, was für letztere eine große Entlastung darstellt, ob er Aussicht auf allgemeine Zustimmung hat, steht aber noch nicht fest.“

Wenn auch noch nicht feststeht, daß der gemachte Vorschlag die allgemeine Zustimmung erhält, wenn auch das Kohlenyndikat in die Hände der Güttengchen übergeht, so wird doch das Kohlenyndikat, wie man sieht, auf alle Fälle schädlich halten auch auf Kosten der Arbeiter. Diese aber treten sich währenddessen um des Kaisers Bart, statt sich zu einer Organisation zusammenzuschließen. Selbst durch Schaden werden die christlichen Arbeiter nicht klug.

Aus den Unternehmerverbänden.

Stärkung des Kriegsfonds im Unternehmerlager.

Ein günstiger Zufall ließ uns Einblick nehmen in die Verhandlungen der Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes unter der Leitung der Gesellschaft der Arbeitervereine. Diese Ausschussung fand am Montag, den 12. Juni 1911 statt. Es waren 31 Vertreter der verschiedenen Arbeitgeberverbände inklusive des Vorstandes und der beauftragten Sekretäre anwesend.

Präsident v. Meißner, Chefredakteur der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, referierte über die Notwendigkeit der vom Vorstand beantragten Abänderungsbotschaft, die auf Grund einer fünfjährigen Erfahrung gestellt wurden. Der Hauptzweck sei 1. die Einbeziehung des Kriegsfonds unter den gleichen Bedingungen, die für die

Gesellschaft des Zentralverbandes der Arbeitgeber im Transportgewerbe Deutschlands, J. & S. V., maßgebend sind; 2. die Vermeidung solcher Abänderungen der Entschädigungen, wie sie schon wiederholt und besonders im letzten Geschäftsjahre infolge der unzureichenden Gesellschaftsmittel notwendig waren; 3. die Schaffung eines Reservefonds, aus dem Entschädigungen schon während des Streiks gezahlt werden könnten. Der Referent betonte, daß in den fünf Geschäftsjahren an Entschädigungen von der Gesellschaft 191 000 Mark ausfallen mußten, weil die Mittel nicht langten. Der Vorschlag betrug 1 WZ. pro Wille und Mitglied der veranschlagten Lohnsumme, er soll jetzt auf 2 WZ. gesteigert werden. Die Wille würde nicht eingetretten sein, wenn man immer schon 2 WZ. statt 1 WZ. erhoben hätte, es würde dann gar nicht nötig gewesen sein, den Bestand von etwa 40 000 WZ. verfügbar gewesen sein. Wenn die Beitragsverhöhung nicht erfolge, müsse sofort der in den Satzungen vorgesehene Nachschuß eingefordert werden, womit noch nicht einmal die Möglichkeit einer Zahlung während oder gleich nach Beendigung des Streiks gegeben sei. Natürlich machte Meißner bei dieser Gelegenheit auf die vortrefflich gestaffelten Verwaltungen aufmerksam; demgegenüber seien die Ausgaben der Arbeitgeber für ihre Organisation nur gering.

Der Frauen- und viel war beauftragt, einen Antrag zu vertreten, wonach die Unterhaltungen auf Grund der gezahlten Löhne während eines Streiks oder einer Ausperrung abzumachen zur Auszahlung gelangen sollten. Er beantragte, die Beratungen über den Satzungenentwurf des Vorstandes abzugeben und den Vorstand mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs zu beauftragen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag dagegen, den jährlichen Mitgliedsbeitrag auf 2 WZ. pro 1000 WZ. Lohnsumme festzusetzen, wurde angenommen. Weiter der Antrag: „Zur Schaffung eines Reservefonds, der nicht zur Entschädigung benutzt werden darf, soll ein jährlicher Beitrag von 50 Pf. pro 1000 WZ. Lohnsumme erhoben werden.“

Ein Antrag des Hamburger Vertreters vom Vauergewerbe, den Beitrag auf 5 WZ. statt 2 WZ. zu erhöhen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag des Herrn Hansen aus Kiel, den Jahresbeitrag für das Jahr 1911 um 100 Pf. zu erhöhen, um im nächsten Jahr sofort eine wöchentliche bezw. monatliche Unterstüttung gewähren zu können.

Man begnügte sich mit der Einschränkung, daß Vorschüsse gewährt werden können auf die später auszufällenden Entschädigungen, wenn die verfügbaren Mittel es irgend gestatten! Auch der Antrag, diese Vorschüsse wie die gesamten Vorschüsse der Satzungen mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1911 in Geltung treten zu lassen, wurde abgelehnt und beschlossen, diese erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen.

Von öffentlichem Interesse ist aus den Satzungen noch besonders der § 17, der die Höhe der zu zahlenden Entschädigungen regelt.

Der Ausschussrat soll sich von den folgenden Gesichtspunkten bei Festsetzung der Entschädigungen leiten lassen: Es kann für jeden ausfallenden Arbeitstag eine Entschädigung bis zur Höhe von 20 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes bewilligt werden. — Wille für 10 000 Arbeiter bei einem Durchschnittsverdienst von 4 WZ. täglich 4 000 WZ. — Diese volle Entschädigung kann indessen nur bezahlt werden, wenn die Zahl der bei einer Firma beschäftigten Arbeiter 1000 nicht übersteigt. Für mehr als 1000 Arbeiter können nur folgende Entschädigungen bezahlt werden:

Von 1001 bis 2000 Arbeiter	10 Prozent	= 640 WZ.
„ 2001 „ 4000 „	12 „	= 960 „
„ 4001 „ 6000 „	8 „	= 1280 „
„ 6001 „ 10000 „	4 „	= 320 „

Das finanzielle Bild, das wir da schauen, ist nicht gerade sehr erhellend für den weniger bewittelten Unternehmer, mühte ihn doch die Entschädigung oft verfallt bleiben. Jetzt nun sollen die Unternehmer höhere Beiträge zahlen, letzten Endes doch nur zu dem Zweck, um die finanziell besser gestellten verbündeten Scharfmacher den rigoren, zweifels Kampf gegen die Arbeiter noch andauernder führen zu lassen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Welche Gewerkschaftsrichtung gewährt dem Arbeiter den stärksten Schutz?

Als das Jahr 1910 bei den Christlich-Donnerschen Gewerkschaften seine Schlussrechnung fand, schrieb ihr Zentralrat von „den starken Eindrücken“, dem diese „allzu richtige“ Organisation gleiche. Die Oberleitung der christlichen Verbände meinte, das Jahr 1910 habe den Beweis dafür erbracht, daß ihr Wachstum aus der inneren Notwendigkeit der Arbeiterbewegung herauskomme.

Wir wollen in das nebulöse Reich solcher Behauptungen nicht mit hinein. Fragen wir kurz und bündig: was für Mittel haben die drei großen Gewerkschaftsrichtungen im vergangenen Jahre zur Verfügung gehabt, und was haben sie dafür geleistet. Damit wir einen absolut sicheren Ueberblick bekommen, ist in der nachfolgenden Zusammenfassung nicht die absolute Zahl — die ja bei den freien Gewerkschaften schon immer und selbstverständlich die maßgebende war — sondern der prozentuale Teil an der Gesamtleistung zur Erscheinung gebracht.

Das Jahr 1910 brachte den freien, den christlichen und den Christlich-Donnerschen Gewerkschaften eine Gesamteinnahme von 72 789 963 WZ. Für Unterstüttungen aller Art wurden davon 43 157 450 WZ. wieder ausgegeben.

Der prozentuale Anteil der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen betrug in Einnahme und Unterstüttungen für das Jahr 1910:

Gewerkschaften	Einnahmen	Unterstüttungen
freie	38,3	90,7
christliche	7,6	5,4
Christlich-Donnersche	4,1	3,9

Die Tabelle zeigt, daß bei den freien Gewerkschaften der Unterstüttungsanteil wesentlich höher ist als die Einnahmequote. Bei den christlichen Organisationen ist es umgekehrt, bei den Christlich-Donnerschen Gewerkschaften ist der Anteil vom Hundert der Einnahmen ebenfalls größer als das Prozentquantum an Unterstüttungen ausgegeben.

Die Leistungen der freigewerkschaftlichen Organisationen sind also nicht nur relativ, sondern auch absolut größer, als bei jeder anderen Verbandsgruppe.

Im Einzelnen gesehen, wurden im Jahre 1910 an Unterstüttungen durch die drei großen Organisationsgruppen ausgegeben:

Unterstüttungen	freie WZ.	christliche WZ.	Christlich-Donnersche WZ.
Reise-Unterstüttung	1 015 984	163 461	19 518
Arbeitslosen	6 075 522	230 757	230 757
Kranken	9 028 692	634 460	887 254
Unzugs	318 452	—	26 647
Streik	19 008 608	1 230 500	339 026
Mahregels.	809 738	—	—
Notfalls	548 587	—	20 861
Sterbe	884 012	205 013	110 213
Rechtschutz	330 322	114 756	14 034
Unfallkosten	504 771	—	—
Sonstige	—	31 576	—
zusammen	39 117 665	2 393 775	1 646 010

Die freigewerkschaftliche Leistung übersteigt auch hier jede andere!

Erste Jahresversammlung der gelben Werkvereine.

Die „Post“, das Scharfmacherblatt, berichtet in Nr. 354 über die erste Jahresversammlung des Bundes der deutschen Werkvereine, die am 29. und 30. Juli in Dresden tagte. Wenn die „Post“ der Meinung Ausdruck gibt, daß diese Art gelber Organisationen überall im Reich im kräftigen Vormarsch begriffen sei, so ist das ein Zeichen üblicher Weisheit. Nach dem Bericht der „Post“ selbst verhielten die 155 Delegierten, die in Dresden versammelt waren, ganze 66 620 Mitglieder. Bricht man in Betracht, daß diese Vereine ihre Existenz fast ausschließlich der Gewaltthat einiger Berliner, rheinisch-westfälischer und sächsischer Großindustriellen verdanken, daß also zahlreiche Mitglieder um ihrer Existenz willen nur gezwungen den Werkvereinen angehören, so muß man das Resultat jahrgewaltiger Mühen geradezu lächeln nennen. Von irgendwelcher nennenswerten Tätigkeit zugunsten ihrer Mitglieder kann bei diesen „Organisationen“ schon um deswillen keine Rede sein, weil ihr zum guten Teil aus Aufwendungen der Unternehmer zusammengekaufter Verordnungen im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften aufrechtzuerhalten ist. Es beläuft sich, was die „Post“ beiseiteerzählt ver-

schweigt, auf etwas über 7 Mark pro Mitglied; die jährlichen Einnahmen stellten sich auf gut 9 WZ. Es muß noch bemerkt werden, daß zu den 66 620 Mitgliedern noch eine Anzahl „jugendlicher“ Zwangsmitglieder gehören, denn es heißt in dem Bericht der „Post“:

„Um auch die Arbeiterjugend in noch größerem Umfange als bisher für die Werkvereinsbewegung zu gewinnen und ihr den Umweg durch die Sozialdemokratie und die gewerkschaftlichen Kampfsorganisationen zu ersparen, wurde beschlossen, die Arbeit zur Gewinnung und Pflege der Jugend in den einzelnen Werkvereinen planmäßig in die Hand zu nehmen. Jeder Werkverein soll dahin streben, eine eigene Jugendabteilung zu gründen.“

Die Jugendfürsorge wird die gelben Werkvereine um so weniger auf den grünen Zweig bringen, als die gelben Verbände sogar unter den entschiedensten Gegnern der Sozialdemokratie im übelsten Ruf stehen. Schrieb doch die antisemitische Zeitung „Das Reich“ am 14. Juli 1910:

„Diese gelbe Bewegung stagniert trotz der sehr reichlichen Zuschüsse, die die Großindustriellen dafür ausgeben, und gegen die Sozialdemokratie nicht zu rein gar nichts, sondern eine solche charakterlose Bewegung keine Persönlichkeiten erzieht, sondern Maimoniden, die dahin laufen, wo ihnen der meiste materielle Vorteil winkt.“

Sobald die jugendlichen Gelben frei werden, schütteln sie die „Segnungen“ der derzeit qualifizierten gelben Vereine von sich ab und gehen dahin, wohin sie gehören: in die freien Gewerkschaften!

Scharfmacher Leipzig.

„Unverschämte Forderungen“ haben nach Maßgabe der „Post“ die Arbeiter der sächsischen Werften gestellt und Staatssekretär v. Tirpitz habe „kurz und schneidig“ die „richtige Antwort“ darauf erteilt. Diese „kurz und schneidige“ Antwort hat folgenden Wortlaut:

1. Lohn u. c. Die Lohnverhältnisse sind nach Maßgabe der Lebensmittel- und Mietpreise, sowie auch der Löhne in der Privatindustrie eingehend geprüft. Auf Grund dieser Prüfung ist der neue Lohnstarif aufgestellt worden. Alle über die darin festgelegten Lohnsätze hinausgehenden Ansprüche werden abgelehnt.

2. Arbeitszeit. Die Forderung einer effektiven Arbeitszeit von nur 8 1/2 Stunden täglich, sowie die weiteren auf die Verkürzung der Arbeitszeit abzielenden Forderungen werden abgelehnt. Die Ansprüche auf höhere Vergütung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden abgelehnt. Die Zahlung von Lohn für die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage wird abgelehnt.

3. Urlaub. Die Bestimmungen über die Urlaubsgewährung sind nach Ueberprüfung der beteiligten Werften- und Staatsbehörden für alle diesen Werken unterstellten Betriebe gleichmäßig geregelt worden. Eine Abänderung dieser Bestimmungen im Sinne des Antrages des Arbeiterausschusses anzutreten, liegt für mich keine Veranlassung vor.

4. Kompetenzen des Ausschusses. Die Kompetenzen des Arbeiterausschusses zu erweitern, lehne ich ab. Hierzu kann ich mich um so weniger verstehen, als die vorliegende Umlage mit ihren für jeden einsichtigen Arbeiter ohne weiteres als unerfüllbar zu erachtenden Forderungen klar beweist, daß der Ausschuss noch nicht einmal die ihm im Rahmen seiner derzeitigen Befugnisse auferlegten Aufgaben richtig verstanden hat.

Seiner vornehmsten Aufgabe, der Mithilfe an der geordneten Entwicklung des Arbeitsverhältnisses, wird der Ausschuss nicht etwa dadurch gerecht, daß er kritisiert jegliche Forderungen, die von irgend welcher Seite an ihn herantreten, sich zu eigen macht und der Werft überreicht, sondern nur dadurch, daß er sich bemüht, um immer derartige offensichtlich unerfüllbare und daher unverschämte Forderungen auftreten, diese auf das mit dem Werk- und All-gemeininteresse vereinbare vernünftige Maß zu beschränken.

Kein deutscher Minister hat in seinem Ressort so viel Differenzen, wie der Staatssekretär v. Tirpitz. So ist sein Vorgehen gegen die Techniker Gegenstand scharfster Kritik auf in einem erheblichen Teil der bürgerlichen Presse gewesen. Wenn aber ein Minister sich den staatlichen Arbeitern gegenüber in einer solchen Sprache gefällig, braucht man sich über das Verhalten der übrigen Scharfmacher nicht mehr zu wundern.

Material zur Buchhausvorlage.

Das Kartell der bayerischen Arbeitgeberverbände hat an die Mitglieder des Verbandes Süddeutscher Textilarbeiter nachfolgendes Schreiben versandt:

„Schutzverband der in Bayern tätigen Arbeitgeberverbände.“

München, 28. Juli 1911.

Der Verband bayerischer Metallindustrieller teilt mit, daß die Lohnbewegung in der Nürnberger Beschreibwaren- und Metallwarenindustrie dahin geführt habe, daß am 24. Juli bei 10 dem Verbande bayerischer Metallindustrieller angeschlossenen Firmen die Arbeiterkraft in den Ausstand trat, trotzdem die Verhandlungen mit den Arbeitern noch im Gange waren. Die Forderungen der Arbeiter begrienen in der Hauptsache Herabsetzung der Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden, Einführung gestaffelter Einstellpläne, Mitwirkung bei Festsetzung der Akkorde. Eine Kontrolle der ausgetretenen Leute auf Grund von Namen und Listen ist vorläufig nicht möglich.

Unter Bezugnahme auf § 1 des Kartellvertrages ersuchen wir, aus der Nürnberger Metall- und Beschreibwarenindustrie kommende Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Verband Süddeutscher Textilarbeitgeber.

Der Passus „Eine Kontrolle der ausgetretenen Leute auf Grund von Namen und Listen ist vorläufig nicht möglich“, läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß das bisher nicht mögliche scheinbar nachgeholt wird, um die Auszehrung vollständig zu machen. Und dabei sind gerade diese Arbeitgeber, die am lautesten über den Terrorismus der Arbeiter und nach einem Buchhausgesetz schreien!

Aus der Genossenschaftsbewegung.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften!

Die Genossenschaftsbewegung ist auf den verschiedensten Gebieten mit Erfolg bestrebt, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Über zwei Millionen deutscher Arbeiter haben sich in den Gewerkschaften vereinigt, um das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, um kürzere Arbeitszeit, auskömmliche Löhne, gesunderhaltenden Schutz und ausländische Behandlung herbeizuführen. Tausende von Tarifverträgen für mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter sind ein erfreulicher Beweis ihres erfolgreichen Wirkens.

Nicht minder sind die deutschen Konsumgenossenschaften, die heute bereits 1 1/2 Millionen Familien umfassen, unausgesetzt bemüht, die Arbeiter als Konsumenten zu organisieren, um sie zur Selbstschaffung ihres Lebensbedarfs nach den Grundfahnen moderner Volkswirtschaft und in weiterer Entwicklung zur konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zu erziehen.

Wie die Gewerkschaften bestrebt sind, der Arbeiterschaft immerfort neue Kulturkräfte zu erschließen und den Lebensinhalt des Arbeiters zu bereichern, so will auch die Konsumgenossenschaftsbewegung ihre Mitglieder daran gewöhnen, nur gute Qualitätszeugnisse zu kaufen, nicht einzig das Billigste, sondern immer nur das Beste zu wählen und auch den Verhältnissen, unter denen diese Erzeugnisse hergestellt werden, ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Arbeiter als Käufer kann durch die Kaufkraft seines Geldes wirtschaftlichen Einfluß auf die Lage des Arbeiters als Produzent ausüben, wenn er alle Waren zurückweist, die nicht unter gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen hergestellt sind, und nur solche kauft, bei denen jedem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz gewährleistet ist. Und da jeder Arbeiter ebensoviel Erzeuger als auch Käufer von Waren ist, so bedeutet ihm sein eigenes Interesse, von diesem wirtschaftlichen Einfluß Gebrauch zu machen. Die Möglichkeit dazu bietet die Konsumgenossenschaft, für deren Erhaltung ein jeder nach besten Kräften wirken muß.

Die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften richtet sich in erster Linie auf die Beschaffung guter und preiswerter Nahrungs- und Genussmittel, Haushaltungs- und Bekleidungsgegenstände und Bedarfsartikel aller Art. Da in den Gewerben, die sich mit der Herstellung dieser Artikel befassen, die Arbeitsverhältnisse vielfach weit hinter den gewerkschaftlich geregelten zurückstehen, und da ferner ganz besonders Nahrungs- und Genussmittel sowie Bekleidungsgegenstände, sofern sie unter ungünstigen Arbeitsverhältnissen hergestellt werden, den Käufer und

seine Familie gefährden können, so ist hier ein zielbewusster Einfluß der organisierten Konsumenten zu erheben.

Eine der ungesundesten und gemeinlichsten Arbeitsweisen ist die Heimarbeit. Die dort herrschende niedrige Entlohnung bildet die Basis dafür, daß in ihrem Bereich alle ungesunden und volkswirtschaftlich schädlichen Umstände sich anhäufen. Lange Arbeitszeit, Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern, Armut und Anzucht, gesundheitsschädliche Wohn- und Arbeitsräume, unreinlichste, ungenügende Trennung der Arbeitsgegenstände von erkrankten Familienmitgliedern, das alles macht die Heimarbeit zu einem Gefahrenherd für die gesamte Arbeiterschaft. Die Möglichkeit der Übertragung von Infektionskrankheiten ist bei dem Mangel jeglicher Kontrolle nirgends leichter als hier. Die Billigkeit solcher Heimarbeitserzeugnisse bietet keinen Ersatz für die Nachteile; sie erhöht das Gegenteil die Gefahr der Seuchenverbreitung.

Gegen diese Mißstände sollte die Gesetzgebung energisch einschreiten. Da das gütlich nicht der Fall ist, so müssen die Arbeiter selbst als Erzeuger wie als Käufer sich gegen diese Gefahren zu schützen suchen. Es ist eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Heimarbeit einzuschränken, mindestens aber sie der gewerkschaftstariflichen Regelung zu unterstellen.

Die Mitglieder der Konsumvereine müssen dagegen strenge Aufsicht beim Wareneinkauf halten und unmaßstäblich alle Waren zurückweisen, die in der Heimarbeit, in Schweißarbeit oder unter sonst ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt sind. Je gewisserhafter die Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine diese Kontrolle ausüben, um so mehr werden sie eine Stütze gewerkschaftlicher Arbeitsbedingungen sein, und um so mehr wird es dem organisierten Konsum möglich sein, diese veralteten Erzeugungsmethoden durch eine modernwirtschaftliche Eigenproduktion abzulösen.

Vor allem erstreben wir die gewerkschaftlich wie gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, künftig feinerer Heimarbeitserzeugnisse derjenigen Konsumvereine mehr zu kaufen, in denen durch gewerkschaftliche Eigenproduktion die sichere Gewähr für den Bezug einwandfreier Bedarfsartikel gegeben ist.

Wir bitten ferner alle Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine, für die weitere ständige Aufklärung der Arbeiter in diesem Sinne tätig zu sein, und richten das Ersuchen an die gesamte Arbeiterschaft, dieses Bestreben nachdrücklich zu unterstützen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Internationale Mundschau.

Generalversammlung des holländischen Vergarbeiterverbandes.

Der „Nederlandsche Mijwerkersbond“ hielt am Sonntag, den 23. Juli, in Dordrecht seine zweite Generalversammlung ab. Anwesend waren außer den Mitgliedern des Hauptverbandes 23 Delegierte, die etwa zur Hälfte aus deutschen Kameraden bestanden. Als Vertreter unseres Verbandes wohnten die Kameraden Schläpfer, Kaden, und Schmidt. Nach dem Begrüßungsbericht des Tagesordnungsleiters umfaßte sechs Punkte, wozu von den einzelnen Zahlreichen Anträge gestellt waren. Aus dem Bericht des Sekretärs, Kameraden Eijers, ging hervor, daß die junge Organisation im vergangenen Geschäftsjahr schöne Fortschritte gemacht hat. Die Verwirklichung des Bundes durch die „aristokratische“ Gegenorganisation und den Mangel an Geldmitteln abfolgend. Besonders tat sich in dieser Hinsicht ein Geldhändler namens Dr. P. O. C. hervor, dessen Schmeicheleien in ganz Limburg bekannt sind. Es wird alles versucht, um die Mitglieder des Bundes breit- und oberflächlich zu machen. Unter diesen Umständen sind die Fortschritte unserer Kameraden doppelt zu bemerken.

Für die Vergarbeiter in Limburg hat der junge Verband schon manche Vorteile errungen. In letzter Zeit sind durch das Eingreifen der Organisation die Löhne an den Weidengruben erheblich aufgehoben worden. Bemerkenswert ist, daß die Verwaltungen dieser Gruben mit den Vertretern der Organisation verhandelt, während die Verwaltungen der Staatsgruben dieses ablehnen.

An den Geschäftsbericht knüpfte eine lebhafteste Debatte an, in der sowohl die holländischen wie deutschen Kameraden in recht sachlicher Weise auf kleine, bestehende Mängel hinwiesen und Vorschläge zu deren Beseitigung machten.

Nach der Bericht des „Wonspenningmeesters“ (Hauptkassierer) war ein ziemlich günstiger. Ausstellungen an dem Bericht wurden nicht gemacht.

Von den darauf gefaßten Beschlüssen sind folgende beachtenswert: Der „Mijwerkersbond“ tritt der Internationale bei und entsendet zum internationalen Kongress einen Delegierten. Die dadurch entstehenden Kosten sollen durch einen Erstattungsbeitrag von 25 Centes (30 Pf.) aufgebracht werden. Als Delegierte für den diesjährigen Kongress wurde Kamerad Eijers gewählt.

Der Antrag, neben der Verbandskasse eine besondere Streikkasse zu bilden, in die ein Teil der Beiträge fließen soll, wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß die ganze Verbandskasse für einen evtl. Kampf zur Verfügung stehe.

Ferner wurde dem Vorstande Vollmacht gegeben dahingehend, daß er einen bestimmten Teil des Verbandsgeldes zum Bau eines eigenen Heims verwenden kann, falls sich dieses notwendig macht. Am Statut soll eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach die Erörterung religiöser Fragen innerhalb des Verbandes nicht zulässig ist.

Der Verlauf der Generalversammlung muß als ein guter bezeichnet werden. Möge unser holländischer Bruderverband weiter wachsen und gedeihen zum Wohle der gesamten Vergarbeiterchaft. Abends fand im selben Lokale eine impulsive Vergarbeiterversammlung statt, die besonders auch von deutschen Kameraden gut besucht war.

Frauen- und Kinderarbeit im englischen Vergbau.

London, 3. August 1911.

Auf internationalen Vergarbeiterkongressen haben die englischen wie auch die französischen Vergarbeiter stets eine sehr unklare Stellung eingenommen. Ueber das Verbot der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie herrschte zwar meist Einstimmigkeit, aber bei dem Thema Kinderarbeit verteilten sie sich immer hinter der Ausrede, daß sie von ihren Auftraggebern, den organisierten Arbeitern, kein Mandat erhalten hätten, für oder gegen das Verbot der Kinderarbeit zu stimmen. Dank dem energischen Auftreten der deutschen und österreichischen Kongressdelegierten, die auf allen internationalen Kongressen beharrlich die Forderung aufstellten, die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren in der Bergwerksindustrie wie auch die unterirdische Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahren sei gänzlich zu verbieten, machte sich in den letzten Jahren besonders bei den britischen Kameraden eine Wendung zum Besseren bemerkbar. Sie ließen sich wenigstens herbei, Versprechungen zu machen, und auf dem vor 14 Tagen stattgefundenen Kongress in London gaben sie bekannt, daß der Vorstand der Vergarbeiterföderation auf der nächsten Generalversammlung das Thema der Kinderarbeit aufs Tapet bringen würde.

Auch im Parlament macht sich jetzt der moralische Druck der internationalen Kongresse bemerkbar. Augenblicklich wird das neue Vergengesetz in einem Spezialkomitee des Unterhauses beraten. Western diskutierten man die Klausel 92, in der die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren unter Tage verboten wird. Ein Vertreter des Gewerkschafts stellte dazu den Antrag, die Altersgrenze auf 13 Jahre festzusetzen. Hiergegen sprach ein großer Grubenbesitzer, der wegen seiner vernünftigen sozialpolitischen Ansichten bekannt ist, wie auch der Kamerad Edwards, der Vorsitzende der britischen Vergarbeiterföderation, der unter anderem ausführte, daß das Alter von 14 Jahren noch viel zu niedrig sei. Der Änderungsantrag fiel durch.

Nachdem kam die Klausel 93 zur Verhandlung. Der schon erwähnte Vergewerksführer (W. A. H. H.) stellte dazu den Änderungsantrag, daß nach dem 1. Januar 1911 keine Mädchen und Frauen mehr an der Oberfläche der Gruben beschäftigt werden dürfen, es sei denn, daß diese wichtigen Personen nur Inhabereisen verkehren. Unter dem Wagnis dieses Antrages befand sich fernerbarerweise auch ein Vergarbeitervertreter. Das Parlamentsmitglied W. A. H. H., der die Arbeit der Frauen auf den Grubenanlagen als die leichteste hinstellte, die man sich denken könne. Was ihn zu dieser Stellungnahme trieb, kann man leicht erraten, wenn man erzählt, daß eine Deputation der auf den Gruben im seinem Distrikt (Wigan) beschäftigten Frauen und Mädchen im Zuge war, die das Komitee bitten wollten, die Frauenarbeit nicht zu verbieten. Der liberale Minister W. A. H. H., der ein großer Sozialpolitiker sein will, wandte sich ebenfalls gegen den Änderungsantrag. Dabei ihm der Erzekutionär Sir J. W. A. H. H., der Vertreter des

Donnerstags, würdige Gesellschaft leitete. Aus den Änderungsanträgen erhob seine Stimme der Arbeiter W. A. H. H., der hat sehr große Verdienste um die Bewegung der Vergarbeiter in England. Die Ausführungen des Kameraden W. A. H. H. wurden von den anderen Vergarbeitervertretern des Komitees einstimmig zurückerwiesen. Der Kamerad W. A. H. H. bezeichnete die Arbeit der Frauen in der Vergarberindustrie als eine schwere, schmutzige, dem Charakter und dem Körper der Frau nicht zugehörige Arbeit. Der alte Kamerad W. A. H. H. von Dordrecht richtete einen Appell an die Regierung, diesen Standpunkt der Föderation zu bekräftigen. Ein Vertreter der Vergewerkschaften wollte dem Komitee beweisen, wie ungesund und nichtlich die Arbeit der Frauen in der Vergarberindustrie sei. Er zeigte einige Photographien, auf denen die Arbeiterinnen in weißen Kleidern erschienen. Der Kamerad W. A. H. H. bezeichnete diese Photographien direkt als Schwindel. Schließlich wurde der Änderungsantrag mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen.

Wenig hat die eigenartige Stellung des Vergarbeitervertreters W. A. H. H. zu bedeuten. Außer ihm dürfte es wenige Kameraden in Großbritannien geben, die die Frauenarbeit nicht verurteilen. Aber der Vorfall beleuchtet doch eine Seite der britischen Organisation, die der mächtigen Abberation nicht gerade zur Ehre gereicht. Es wird in Großbritannien zu wenig aufklärende Propaganda betrieben. Was an Aufklärungsarbeit geleistet wird, wird meist von sozialistischen Agitatoren getan. Die Vergarbeiterführer lassen sich von der Masse treiben und erst wenn diese von den fortgeschrittenen Ideen durchdrungen ist, gelingt es, die modernen sozialpolitischen Forderungen auf das Programm der Abberation zu bringen. Mit großem Recht rief daher der holländische Kamerad Karolus bei der Beratung der Resolution über die Kinderarbeit auf dem internationalen Kongress der britischen Kameraden auf, sie sollten nicht nur Führer sein, sondern auch Arbeiter. Gätten sie diese Mahnung schon früher beherzigt, so könnte kein Zweifel darüber bestehen, daß die unklare Stellung, die die britischen Vergarbeiter in der Frage der Kinderarbeit einnehmen, schon längst einer besseren Einsicht gewichen wäre.

Knappschäftliches.

Beseitigung der Knappschäftsrechte durch „Entlassung auf Zeit“.

In der Nr. 30 der „Vergarbeiter-Zeitung“ schrieben wir in einem längeren Artikel eingehend, in welcher Weise in neuerer Zeit die Knappschäftsrechte der Mitglieder eingekürzt oder ganz beseitigt werden. Die beschrifteten in diesem Artikel auch einen Vertrag, welcher von Knappschäftsmittgliedern, welche von der Sache Urlaub haben wollen, unterschrieben werden muß. Durch diesen Vertrag wird das alte bestehende Arbeitsverhältnis aufgehoben und ein neues für eine bestimmte spätere Zeit — nach der Rückkehr von der Weurlaubung — eingegangen. Es liegt damit ein Auscheiden aus der die Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung gemäß § 10 Abs. 1a und § 20a der Satzungen vor und die Mitgliedschaft geht für diejenigen Mitglieder verloren, welche ein Dienstalter von weniger als fünf Jahren haben und darum nicht berechtigt sind, ihre Rechte durch Zahlung von Altersrückstellungen zu sichern. Die rechtlichen Nachteile und Folgen, welche sich daraus für die Mitglieder ergeben, haben wir eingehend dargelegt.

Dieses Vorgehen der Gewerkschaften ist zweifellos eine Folge folgenden Mundschreibens des Allg. Knappschäftsvereins:

„Nachdem, den 31. Januar 1911.

Mundschreiben Nr. 3.

Betrifft: Weurlaubung der Mitglieder durch die Gewerkschaften.

An die Gewerkschaften!

Das Oberchiedsgericht in Knappschäftsangelegenheiten hat entschieden, daß „Urlaub“ die Mitgliedschaft zur Pensionkasse nicht unterbricht. Die Entscheidung wird in nächster Zeit im „Mompah“ veröffentlicht werden.

Nachdem wird vorab bemerkt, daß nur von einer Weurlaubung seitens der Weurlauber die Rede sein kann, da der V. A. H. H. Urlaub nicht erteilt, die geltende Satzung Urlaub vielmehr nicht kennt. Es soll ferner hervorgehoben werden, daß sich der V. A. H. H. in das Vertragsverhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer nicht einmischen kann und die Bedingung des Weurlaubs, daß der Urlaub ausschließlich dem Vertragsverhältnis überlassen bleibt.

Nach § 10 Abs. 1 sowie § 20 Abs. 1 der Satzung endet die Mitgliedschaft abgesehen von den ausdrücklich abgesehenen Fällen für alle Mitglieder, wenn sie aus der ihre Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung auscheiden. Das Oberchiedsgericht hat nun in seiner Entscheidung zum Ausdruck gebracht,

„daß ein Auscheiden aus der die Mitgliedschaft bei der Pensionkasse begründenden Beschäftigung nur vorliegt, wenn mit dem Aufhören der tatsächlichen Arbeitsausübung auch das Vertragsverhältnis faktisch oder rechtlich gelöst werde, das sei aber bei der Vereinbarung einer ausnahmsweise eintretenden der gewöhnlichen Pausen zwischen den einzelnen Arbeitsleistungen, zeitlich erheblich überdauernden Arbeitspausen, wie sie mit dem Wort „Urlaub“ bezeichnet werden, nicht der Fall.“

Eine Folge hiervon, die das Oberchiedsgericht selbst ausdrücklich ausgesprochen hat, ist, daß bei Fortdauer der Mitgliedschaft während des Urlaubs auch die Pflicht zur Beitragszahlung fortbesteht. Diese Entscheidung ist der Jurisprudenz des Oberchiedsgerichts entsprechend zugehend zwar nur für die Pensionkassen ergangen, die Gründe des Oberchiedsgerichts treffen aber bei gleichen Voraussetzungen auch auf die Mantelkassen zu und stützen sich sogar in der Hauptsache auf das Krankenversicherungsgesetz, dem das Knappschäftsrecht hierbei nachgebildet sei. Der Vorstand des Allg. Knappschäftsvereins hat zudem ausdrücklich bekräftigt, den von Oberchiedsgericht aufgestellten Grundsatz auch für die Krankenkasse anzuwenden. Nach dem gleichen Grundsatz sind auch für die Kassenabteilung C während des Urlaubs die Beiträge weiter zu entrichten, da ebenso in § 30 des Invalidenversicherungsgesetzes die Beitragspflicht von der Fortdauer des Arbeits- oder Dienstverhältnisses abhängig gemacht ist.

Der V. A. H. H. hat aber nur ein Interesse daran, eine Unterbrechung der Arbeit zu erfahren, insofern dieselbe eine Abänderung der Mitgliedschaft und der Beitragspflicht bedingt. Daher bedarf es in Zukunft einer Mitteilung der Weurlauber seitens der Gewerkschaften an den V. A. H. H. nicht mehr. Der Weurlauber bleibt auch für die Dauer der Weurlaubung für die Erfüllung der Beiträge verantwortlich.

Für die praktische Handhabung wird noch folgendes klargestellt:

1. Die Erhebung der Beiträge für die Mantelkassen regelt sich, ohne Rücksicht darauf, ob der Weurlauber während eines Monats zeitweilig beurlaubt war, nach § 78 Abs. 3-5 der Satzungen.

2. War ein Mitglied während eines ganzen Kalendermonats beurlaubt, so sind die Beiträge für diesen Monat nach derselben Lohnklasse als vorher zu entrichten.

3. Nicht jede Arbeitsunterbrechung, wie sie bisher im Bezirk des V. A. H. H. als Weurlaubung seitens der Gewerkschaften bezeichnet wurde, stellt eine Weurlaubung im Sinne des Oberchiedsgerichts dar.

4. Wäher ist die Führung in der Weurlaubungsliste wohl allgemein als entscheidend angesehen worden, d. h. es galt jemand als beurlaubt, wenn und solange er noch in der Weurlaubungsliste geführt wurde.

5. Wenn jemand in der Weurlaubungsliste gelöscht wird, so ist auch jetzt noch kein Zweifel möglich, daß kein Urlaub vorliegt. Es können jedoch bei Unterbrechungen, bei denen ein Löschen in der Weurlaubungsliste nicht stattfindet, Zweifel entstehen, ob eine Weurlaubung im Sinne des Oberchiedsgerichts vorliegt.

6. Zur Klarstellung hat das Oberchiedsgericht ausgeführt:

„Ob eine als Weurlaubung bezeichnete Arbeitsunterbrechung in Wahrheit den Charakter eines Urlaubs hat, oder ob trotz des Ausdrucks „Weurlaubung“ tatsächlich vom Mitgliede oder vom Weurlauber eine Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses durch freiwillige Aufgabe dieses Verhältnisses durch das Mitgliede oder durch Kündigung oder Entlassung durch den Arbeitgeber beabsichtigt ist, kann im einzelnen Falle eine Frage sein. Im Zweifel wird man indeßen davon ausgehen müssen, daß bei Wahl des Ausdrucks „Weurlaubung“ eine Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses von seiten der beiden Beteiligten beabsichtigt ist. In Fällen, wo es sich um eine Weurlaubung zur Ableistung monatlicher Beiträge handelt, ist die Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses durch Kündigung oder längerer militärischer Dienstleistungen

bedeutet, oder um Entlassung von Weurlauber, die die ganze Sommerzeit in Anspruch nehmen, wird es unter Umständen zweifelhaft sein, ob nicht tatsächlich trotz des vielfach gewählten Ausdrucks „Weurlaubung“ in Wahrheit eine Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses vorliegt, verbunden mit der Absicht eines später wieder einzutretenden neuen derartigen Verhältnisses.“

Insbesondere beachte bei einer Entlassung aus der Arbeit, die nach dem Willen der Parteien keine Weurlaubung im Sinne des Oberchiedsgerichts sein werden, die vielmehr nur eine solche Auflösung des Arbeitsverhältnisses, verbunden mit der Absicht eines später wieder einzutretenden Lohnarbeitsverhältnisses bedeutet, eine Unterbrechung der Mitgliedschaft und der Beitragspflicht, auch wenn der Weurlauber nach in der Weurlaubungsliste geführt wird. Es bedarf in diesem Falle zur Beilegung der Beitragsnachweisung wie bisher der Mitteilung des Weurlaunders. Es wird aber empfohlen, zur Verhütung von Mißverständnissen, in solchen Fällen das Wort „Urlaub“ zu vermeiden und die vorübergehende Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses als Entlassung aus der Arbeit auf Zeit, Entlassung aus der Arbeit auf drei Monate usw. zu bezeichnen.

Für die Wichtigkeit der Weurlaubung bleibt im übrigen die Gewerkschaft verantwortlich und eventuell Schadenerschaftlich, namentlich für den Fall, daß eine Person beurlaubt, das Arbeitsverhältnis als ausgeschieden aus der Weurlaubung gemeldet, als zukünftig beitragsfrei behandelt wird, während tatsächlich das Arbeitsverhältnis noch fortbesteht, die Gewerkschaft also die betreffende Person nur zu irgend einem Zweck oder irgend einem Grund beurlaubt hat.

Am Interesse der Weurlauber bzw. im Interesse der Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft für die Weurlauber wird aus dem Oberchiedsgerichts-Urteil noch hervorgehoben.

Daß es dem Weurlauber unbenommen bleibt, Urlaub in dem hier in den Urteilsgründen erklärten, die Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht enthaltenem Sinne nur bei vorübergehender Sicherstellung der Beitragsleistungen für die Urlaubzeit zu gewähren.

Um unnötige Weirungen und Mißbräuche zu vermeiden oder mindestens einzuschränken, bitten wir schon bei der beabsichtigten Weurlaubung für den Monat Januar nach vorstehenden Grundsätzen zu verfahren und die Weurlauber zu bekräftigen.

Für die Zukunft bitten wir, die Abgangsmeldungen pünktlich innerhalb der vorgeschriebenen Frist von drei Tagen einzureichen und auf diese Weise Meldungen nicht nur den letzten Tag der Schicht, sondern auch den Tag der Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses zu bezeichnen.

In die Vorrede II 100 sind von jetzt an nur noch die Unterbrechungen in der Beitragszahlung durch Krankheit (Krankzeiten mit Krankenschein) oder Mißhandlung aufzunehmen.

Soweit das Mundschreiben. Auf Grund dieses Mundschreibens haben einzelne Gewerkschaften folgenden Aufschluß aufgeschlagen:

„Der Weurlauber zur Kenntnis, daß diejenigen Arbeiter, welche Urlaub wünschen, sich an die Betriebsführer oder dessen Stellvertreter wenden müssen, jedoch können diese nur einen Urlaub von 3 bis 5 Tagen bewilligen. Diejenigen, welche einen längeren Urlaub haben wollen, haben sich an unsern kaufmännischen Bureau zu wenden, woselbst sich dieselben verpflichten müssen, für die Zeit des Urlaubs die Pensionkassenbeiträge für sich sowie auch den Weurlauber zu zahlen. Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß diejenigen Arbeiter, welche drei Schichten hintereinander willkürlich feiern, aus der Weurlaubungsliste gelöscht und bei der Knappschäftsabrechnung abgemeldet werden müssen. Dieselben haben außerdem bei einer Wiederanstellung eine Gesundheitsattest beizubringen. Auch diejenigen Arbeiter, welche von der Krankenversicherung befreit sind, haben sich zu melden, bezw. gelten dieselben Bestimmungen.“

Jetzt aber gehen die Zeichen noch einen Schritt weiter und lösen das Arbeitsverhältnis mit der Absicht, eines später wieder einzutretenden Arbeitsverhältnisses. Zum besseren Verständnis unserer Leser lassen wir den diesbezüglichen Vertrag nochmals folgen:

„Verhandlung

über Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis unter Nachschuß des Einhaltens der Mantelkassen und der Rückzahlung eines neuen Weurlauberbeitrages für eine spätere Zeit.

Nachdem sich der Arbeiter verpflichtet hat, nach Ablauf einer Zeit von also mit dem die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls für allen der Gewerkschaft aus der Nichterfüllung seiner Verpflichtung entstehenden Schäden aufzukommen, habe ich den Genannten unter Vorbehalt der Einhaltung der Abgangsmeldung heute aus seinem bisherigen Arbeitsverhältnis entlassen, und verpflichte mich namens der von mir vertretenen Gewerkschaft, ihn von oben genanntem Tage ab neu zur Arbeit zuzulassen.

Zeichne — Schacht den

Unterschrift des Betriebsführers.

In diesem Vertrag, der die Mitgliedschaft aufhebt, hat der Allg. Knappschäftsverein den Jochen in seinem Mundschreiben die Anleitung gegeben. Man beachte die Sätze:

„Wenn jemand in der Weurlaubungsliste gelöscht wird, so ist auch jetzt noch kein Zweifel möglich, daß kein Urlaub vorliegt. Zweifellos besteht bei einer Entlassung aus der Arbeit, die nach dem Willen der Parteien keine Weurlaubung im Sinne des Oberchiedsgerichts sein werden, die vielmehr nur eine solche Auflösung des Arbeitsverhältnisses verbunden mit der Absicht eines später einzutretenden Lohnarbeitsverhältnisses bedeutet, eine Unterbrechung der Mitgliedschaft und der Beitragspflicht, auch wenn der Weurlauber nach in der Weurlaubungsliste geführt wird. Es wird aber empfohlen, zur Verhütung von Mißverständnissen in solchen Fällen das Wort „Urlaub“ zu vermeiden, und die vorübergehende Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses als Entlassung aus der Arbeit auf Zeit, Entlassung aus der Arbeit auf drei Monate usw. zu bezeichnen.“

Man vergleiche diese Sätze mit dem Wortlaut obigen Vertrags; die Übereinstimmung ist bekräftigend. Genau haben die Zeichen die ihnen vom Allg. Knappschäftsverein gegebenen Anweisungen befolgt. In der Tat ist kein ausgesetzter Plan! Auf Grund dieses Planes resp. Vertrages scheiden die Mitglieder aus der die Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung aus und verlieren ihre erworbenen Rechte. Für die Mitglieder treten all die Nachteile und Folgen ein, die wie in Nr. 30 der „Vergarbeiter-Zeitung“ eingehend geschildert haben. Bei einer „Weurlaubung“, wie sie das Oberchiedsgericht im Auge hat, besteht für die Mitglieder das Recht, sich durch Zahlen der Beiträge ihre erworbenen Rechte zu sichern; das hört beim Auscheiden aus der die Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung auf, wie sie durch obigen Vertrag nach den Anweisungen des Allg. Knappschäftsvereins zum Ausdruck herbeigeführt wird; die Mitglieder gehen ihre Rechte dadurch verliert.

Wir sind der Meinung, daß diese Praxis mit der Entscheidung des Oberchiedsgerichts nicht übereinstimmt. Darin ist ausdrücklich nur die Rede von längerer Unterbrechung der Arbeit durch monatliche Weurlaubungen, längerer militärischer Weurlaubungen, Erhebung von Feldarbeiten, die die ganze Sommerzeit in Anspruch nehmen; in solchen Fällen, sagt das Oberchiedsgericht, wird es unter Umständen zweifelhaft sein, ob nicht trotz des gewählten Ausdrucks „Weurlaubung“ in Wahrheit eine Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses vorliegt, verbunden mit der Absicht eines später wieder einzutretenden neuen derartigen Verhältnisses.“

Das Oberchiedsgericht führt also ganz bestimmte Fälle an, für die die Weurlauber allenfalls Anwendung finden können. Aber die Zeichen machen aus der Ausnahme die Regel. Das ist auf alle Fälle eine Ungerechtheit für diejenigen Mitglieder, welche dadurch ihre Knappschäftsrechte verlieren.

Die Entscheidung des Oberchiedsgerichts steht aber auch in jeder Beziehung im strikten Gegensatz zu der früher geübten Praxis. Nach dieser Entscheidung dürfen beurlaubte Mitglieder nicht mehr Altersrückstellungen bezahlen — und ohne weiteres nach drei Wochen ihre Rechte an die Mantelkassen verlieren —, sondern sie müssen die doppelten Weurlauber- und Krankentagebeiträge bezahlen, d. h. ihre eigenen und die der Weurlauber. Es muß ihnen ihre Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung entrichtet. Diese Entscheidung kann doch, soweit Pensionkassenmitglieder in Betracht kommen, nur für diejenigen gelten, welche weniger als fünf Dienstjahre haben; alle anderen haben doch gemäß § 27 der Satzungen das Recht, sich ihre Rechte durch Zahlung von Altersrückstellungen zu sichern.

Das Urteil des Oberchiedsgerichts und seine Auslegung durch den Allg. Knappschäftsverein und die Zeichen, bedeuten eine neue Entwertung und gerundete Schädigung der Vergarbeiter. Der frühere rechtliche Zustand wird in sein Gegenteil geändert. Und warum? Eine Begründung haben wir bisher nicht gehört.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Becke Elntacht-Tiefbau. Zu der Verhütung dieser Becke in unserer Nr. 80 schreibt uns unser Gewährsmann: Es ist richtig, daß auf dieser Becke eine elektrische Lichtanlage vorhanden ist, und keine elektrische Lichtanlage in Betrieb ist, wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ irrtümlich berichtet. Alle anderen Angaben aber sind zutreffend. Die elektrische Lichtanlage ist jedenfalls ebenso gefährlich, wie die elektrische Lichtanlage und das Weiterfahren der Strecke ist während des Betriebes in beiden Fällen nicht gestattet. Ist doch der Lichtungsdruck an verschiedenen Stellen so niedrig angebracht, daß die Arbeiter ihn mit dem Kopfe berühren können. Es sind ja auch Lampen ausgehängt, daß das Weiterfahren der Strecke während des Betriebes verboten ist. Der von uns gerügte Lichtschein ist denn auch nach Erscheinen unserer Notiz beseitigt worden. Wir hatten auch nicht behauptet, die Arbeiter wären bestraft worden, sondern sie wurden bestraft, falls sie beim Weiterfahren der Strecke erwischt wurden, obwohl sie, um keine Wagen zu erhalten, dazu gezwungen waren. Die Verhütung hant also in dieser Beziehung schwer daneben und beweist, wie leicht es sich der Schreiber gemacht hat. Im Meier des Stelgers M. stand in verschleierten Strecken Wasser. Auch unsere übrigen Angaben sind zutreffend, hat doch der Stelger M. erklärt: „Was ich nicht bestellt habe, bezahle ich nicht.“ Da läßt sich denken, daß notwendige Reparaturen von den Arbeitern nicht ausgeführt werden, dann — umsonst arbeitet niemand. Nach dem Erscheinen unserer Notiz wurde Wandel geschaffen und dann „berichtigt“. Der Sicherheitsmann hat ja gerade aus dem Grunde, weil er wußte, daß nicht alles in Ordnung war, die Arbeiter selbst auf Gefahren der Arbeiter nicht befahren, sondern ihnen gesagt: „Wenn ich bei euch fahre, werdet ihr bestraft.“ In 4 Jahren hat der arbeitslose Sicherheitsmann außer seiner ersten keine Befahrung der Strecken mehr vorgenommen. Warum nicht? Die Antwort haben wir oben schon gegeben.

Becke Emscher-Grube. Diese Becke scheint eine bleibende Figur in den Spalten dieser Zeitung werden zu wollen. Unsere häufige Kritik und die Beschwerden des Arbeiterausschusses haben bisher wenig gebracht. Nicht mit Unrecht trägt die Becke das Prädikat „Schuldschuld“. Nicht nur die große Unterebene, die vielen Schüttelrutschen und Aufseher, die dabei verwendet werden, sondern gleich die Gefährdung der Arbeiter durch die größten Wühlereien und Außerachtlassung der Sicherheitsmaßnahmen. Hier hat die Verwaltung so ein Unterbegehungs-System verschiedener Art eingeführt. Erste Art. In den Schüttelrutschen bekommt jede Partie ihre Nummer und da steht es so viel Schüttelrührer müßt ihr aufpassen; von jedem Schüttelrührer bekommt ihr 20 Pf. zweite Art. Vom Meier gibt es 8 Pf. Jede Schicht muß einen Meier aufpassen; was darüber aufpassen wird, wird jeder Meier doppelt verdoppelt, was darüber aufpassen wird, wird auch doppelt in Abzug gebracht. Dritte Art. Vom Meier gibt es 80 Pf. Jede Schicht muß einen Meier aufpassen. 25 Schichten im Monat, also 25 x 80 macht 750 Pf., welches pro Schicht angerechnet wird. Erreicht die Kameradschaft (heißt jede Schicht) die 25 Meier im Monat nicht, dann bekommen sie soviel mal 80 Pf. pro Schicht weniger, wie Meier an der Zahl 25 fehlen. Fahren sie mehr wie 25 Meier auf, so bekommen sie auch so viel mal 80 Pf. mehr, wie Meier über die Zahl 25 sind. Da ist es menschlich ganz begreiflich, wenn jeder drauf haut bis zum Umfallen, damit er ja zu seinem angelegten Schichtlohn und noch darüber kommt. Das schlimmste dabei ist, daß der Beamte die Arbeitsstelle beliebig belegen kann, wie es in dem Bedingungsheft steht vermerkt ist. Und so kommt es vor, daß, wenn die Kameraden gut verdient haben, kurz vor dem Ersten der Beamte einfach ein oder zwei Mann von der Arbeitsstelle wegnimmt, um den Verdienst zu schmälern. Aber niemand kommt es vor, daß der Beamte ein oder zwei Mann in die Arbeitsstelle schickt, wo die Arbeiter nicht zu ihrem Verdienst kommen. Auch das Überwachungsunwesen wird gerade durch solches Bedingungsheft ganz gewaltig gefördert. Man braucht sich nach allem darüber nicht wundern, wenn die Unfälle in letzter Zeit auf Emscher-Grube so häufig vorkommen. So sind am 22. Juli zwei Kameraden in einer Schüttelrutsche ganz verschüttet worden, und man kann nur vom Glück sprechen, wenn sie nach drei bis vier Stunden freier Arbeit mit zerlegten Knochen noch lebendig herausgeholt wurden. Auch ist es schon vorgekommen, daß Kameraden, die verlegt wurden, eine Stunde vor Beendigung der Schicht ausgefahren sind, am Lohnstage die Schicht mit 1/4 ausbezahlt bekamen.

Becke Holland. Wie schon es die Vergleiche auf dieser Mustergrube haben, möchten wir doch der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Die Reute der G. Sohle, welche die Seilbahn bis zur 8. Abteilung passieren müssen, waten im Schlamm vom Schacht bis zur genannten Abteilung halb an diese, bald an jene Stelle anstößend. Ein Fahrweg ist nicht vorhanden, jedoch ist das Weiterfahren der Seilbahn während des Betriebes verboten. Wer nicht bestraft sein will, wartet mit dem zum Schachtgehen so lange, bis die Seilbahn steht. 20 Minuten vor der Seilfahrt wird dieselbe stillgesetzt. Aber die Reute, die in der fünften und sechsten Abteilung der Reitere I und II arbeiten, haben einen Weg von mindestens 25 resp. 35 Minuten zurückzulegen, bis sie abgeholt zum Schacht kommen; sie müssen sich dann, wenn ihre Nummer schon verlesen ist, hinten anschließen und mit dem letzten Korb ausfahren. Am 8. Juli während der Morgenschicht, geriet ein Schlepfer mit der Hand in die Seilseile, dabei wurde ihm die Hand am Gelenk abgerissen. Aber nicht eher als am 18. Juli wurde eine Schutzvorrichtung angebracht. Die Kontakte in der fünften und sechsten Abteilung funktionieren ebenfalls nicht. Es sind dies drei Kontakte, welche in Zwischenräumen von 150 bis 200 Meter angebracht sind. Dem Steiger W., der die Aufsicht in der Seilbahn hat, wurde wiederholt diese Unvorsichtigkeit mangelhaft gemeldet. Die Antwort, die man erhielt, war folgende: „Die Kontakte dürfen nicht funktionieren, sonst gibt es zuviel Aufenthalt in der Förderung. Sie müssen die Wagen im Laufen drauffahren. Wenn ich einen ertrappe, der am Kontakt zieht, bestrafe ich ihn mit 250 Mark.“ Die Grobheiten, die sich der „Beamtin“ Fahrhauer N. (Meier I) gegenüber den Reuten auszuweisen kommen läßt, sind einfach unbeschreiblich. Dieser Herr, der schon einmal wegen ähnlichen Sachen unsere Zeitung geriet, regt sich kolossal auf, wenn Leute von der sechsten Abteilung nicht so früh am Schacht sind, daß sie ihre Fahrnummern empfangen können. Sagte er doch einmal zu einem Kameraden: „Meinen Sie, ich habe für Euch Affen hier und warde bis es Euch gefällt wird, zu kommen.“ Der Herr Betriebsführer B. duldet keinen Widerspruch. Dieser Herr traf einen Rohrer am Einbau eines Verriegelungsorgans. Als er sah, daß sich der Kamerad der Arbeit mit größtem Eifer entledigte, sagte er: „Sie scheinen mir der reinste Kunststreich zu sein.“ Der Kamerad erwiderte: „Ich verleihe meine Arbeit, auch ohne Kunststreich zu sein.“ Am 8. Juli hat er zum Dank dafür die Absicht zum 1. August erhalten. Einem Kameraden wurde gefordert, weil er eine Notiz (Fahrhauer N.) betreffend in der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte. Betriebsführer und Hilfsführer bemüht sich, die Kündigung rückgängig zu machen, weil sie den Mann gern behalten hätten. Jedoch an dem Herrenstandpunkt des Betriebsführers scheiterte dieses Ersuchen. Das Verriegeln ist eine bergpolizeiliche Vorschrift. Aber derjenige, der nasse Kohlen zutage fördert, wird wegen Fördern nasser Kohle mit 150 Pf. bestraft, wie es in der Woche vom 16. zum 23. Juli durch Anschlag bekannt gemacht wurde. Das Strafwesen steht hier überhaupt in höchster Blüte. Man wird sogar bestraft, wenn man aus Versehen einen Witzschmer, der im leeren Wagen steht, zuläuft.

Becke Holland I und II. Fast schon es, als ob hier die Verwaltung den Bedarf in punkto Bezahlung erreichen will. Im Monat über 1000 Mark Strafen ist keine Seltenheit. Im April, Mai, Juni kamen über 1000 Mark heraus und Juli wird die Summe von 1650 Mark überschritten haben. Die vorletzte Julimonate brachte allein 657 Pf. 51 Pf. brachte allein die sehr mangelhafte Wäsche ein. „Wegen Nichtmitbringen von Gubenzeug“ lautete das Verbot. Ob ein zerrissener, abgedankter Hut oder sonst etwas hängen gelassen war, alles wurde bestraft. Herr Meier, besuchen Sie doch einmal diese Wäsche! Des Sonntags mag es noch hingehen, aber kommen Sie bitte des Werktags beim Schichtwechsel. Ihr Gerechtigkeitsgefühl muß Ihnen ohne weiteres sagen: diese schmutzige Wäsche kann durch Hängenlassen von jämmerlichen Grubenkleidern nicht mehr gereinigt werden, weil sie auch durch das Waschen von zwei Schweißkitteln nicht wurde. Eine derartige Wäsche wird im Wuschreier nicht mehr zu finden sein und unbegreiflich ist es, daß die Bergbehörde so etwas duldet. Wir wollen hier noch erwähnen die Bezahlungen wegen Fördern unreiner Kohlen und wegen Mindernach, oder wie es jetzt im Wusch und Bogen genannt wird: wegen vorchriftswidriger Förderung. Bestraft wird hier in vier Abteilungen: 0,50, 0,75, 1,00 und 1,50 Pf. Es gibt Stumpels genug die die höchste monatliche Deliktstrafe von 5 Pf. erreichen. Die Umlaufung und Zusammenlegung der zwei Delikte „unrein“ und „Mindernach“ hat uns tatsächlich frappt. Ob der Herr Meier selbst die Umlaufung vorgenommen hat oder ein anderer, ist uns unbekannt. Monat für Monat fehlen verschiedenen Stumpels

Schichten. Dies kam doch bei dem früheren Marktenkontrollen nicht vor. Wegen willkürlicher Forderungen wird drauf los bestraft. Ob man sich abgemeldet hat oder abmelden läßt, der Nacht-Marktenkontrollen schreibt Strafgeld aus. Die Nachtschicht, die seit vielen Jahren des Samstagsabends ausfuhr, ist mit der Sonntagschicht begünstigt worden. Auf seiner Reide der Umgebung werden derartig viel Überbeschäftigten von den Kohlenbauern verfahren wie auf Reide Holland. „Vollgepflegt“, „Auf den Haufen gehoben“ ist hier ganz und gar. Dabei wurde noch vor einiger Zeit bei etwas über 5 Pf. Verdienst abgezogen und die Dauer verfahren dann 20 und mehr Schichten, bedenkend aber nicht, daß ein solcher hoher Monatslohn dazu beiträgt, daß die Reide mit hohen Löhnen prunken kann; denn diese blühende durch 25, nicht aber durch 80 und mehr. Jährlich ist die Bezahlung der im Schichtlohn arbeitenden Dauer. Diese mit Reparaturarbeiten, Verbauen und allen möglichen Arbeiten betrauten Stumpels bringt man durch allerhand Verschönerungen in die Nachtschicht, verlangt dann von ein paar Reuten die Aufrechterhaltung des gesamten Meiers durch — massives Bauen. Denn der Stumpel ist hier geradezu chronisch; eine Schicht „bestiehlt“ die andere. Jede Schicht geht für sich auf Raub aus, deshalb kann die Verwaltung auch über derartige Strafmassnahmen wegen „vorschriftswidriger Förderung“ kullieren. Die Voremsberger und sonstige Förderungsstrecken sind in einem Zustande, daß die Förderwagen gar nicht voll beladen zum Schacht kommen können. Was man hier den Reidebauern zumutet, ist stark. Auf ein Drittel der ganzen Strecken dürfen nicht Reidehauer, sondern Verbauer beschränkt werden. Aber letztere kosten Geld, man bezahlt sie mit 4,50, 4,70, 4,80, 5,00, 5,20, einige mit 5,50 Pf. Trotzdem die Arbeit ein und dieselbe ist, eine Bezahlung nach — Leistung. Wer einmal aber zu den Verbauern gehört, wird zweifellos nur durch Kränkung wieder davonkommen. Wenn man ihm dann noch etwas will, werden Verbauerpapiere ausgefüllt und schwer wird es dem abfahrenden Stumpel gelingen, wieder Dauerarbeiten auf einer anderen Reide zu bekommen. Die Nachtschicht ist in einem furchtbaren Zustand. Überhaupt scheint für Reide Holland eine bergpolizeiliche Bestimmung für Fahrwege nicht zu existieren, denn wie ist es zu erklären, daß die Seilbahn der sechsten Sohle keinen Fahrweg braucht? Mit dem Einwand: „Darin hat keiner was zu suchen während der Förderung“, ist diese Frage doch wohl nicht abgetan. Wie bringt man denn Schwerverletzte durch die Seilbahn? Geht man sie still? Wie kann man von den Reuten der fünften und sechsten Abteilung verlangen, den Weg zum Schacht in 20 Minuten zurückzulegen? Wird die Seilbahn etwas früher betreten, dann wird bestraft. Und die Folge? Durch die Unterlassung des Fahrweges verlängert man den Stumpel die Schicht, verliert also gegen die gesetzlichen Bestimmungen. U. v. a.

Becke Prosper, Schacht II. Die Notiz in Nr. 27 der „Bergarb.-Ztg.“ scheint allem Anschein nach nichts genügt zu haben, denn es wird nach wie vor wegen Mangel an Absatz gefeiert und daneben vollgepflegt. So wurde im Monat Juli wieder drei Schichten gefeiert, dabei läßt die Steiger aber jede Nacht vollziehen, wo die Arbeiter nur mit zwei Drittel belegt sind. Das beste ist, daß, wenn gefeiert wird, auch nur die halbe Belegschaft zu feiern braucht, während die andere Hälfte ruhig weiter arbeitet, natürlich nur an solchen Betriebspunkten, wo viele und billige Kohlen zu gewinnen sind. In den Querschlägen herrschen auch noch immer dieselben Zustände wie früher. In der Wäsche steht es auch recht traurig; von den vorhandenen Wäsche kauft noch nicht einmal der dritte Teil richtig, eine ganze Anzahl gar nicht. Was die Meinteiligkeit anbetrifft, da steht es auch recht trübe aus. In den Ecken der Wäsche ist es so glitschig, daß man sich sehr vornehmen muß, wenn man nicht hinfallen will. Allem Anschein nach wird da überhaupt nie gereinigt, auch befinden auf dieser Reide noch die alten Holzstaken zum Aufbewahren der Kleider. Auch könnte die Verwaltung dafür Sorge tragen, daß die langen Wöhrgeräte nicht bei der Teufelförderung mit auf den Korb genommen werden, sondern daß die Wöhrer zum Schacht entweder vor oder nach der Seilfahrt herein resp. heraus gefördert würden. Die Belegschaft ist der Meinung, daß die hier geschilderten Mißstände sehr leicht zu beseitigen wären, wenn die Begehrverwaltung es nur wollte.

Becke Spandau I und II. Das Strafwesen steht hier in Blüte, es wird in einer Weise gehandhabt, wie es seit Jahren nicht der Fall gewesen ist. Am 20. Juli wurde ein Kamerad im Meier des Stelgers Rolke mit 5 Pf. (sage und schreibe mit fünf Mark) bestraft, weil er einen Wagen unreiner Kohlen zutage geschickt haben soll, in dem fünf Zentner Steine gewesen sein sollen. Der Wagen ist nachmittags 4 Uhr gekippt worden. Der betreffende Kamerad hat aber um 4 Uhr erst den ersten Wagen am Stapel aufgehoben, dieses hat auch der Fahrhauer Schwarz gesehen, mithin kann der betreffende Kamerad unmöglich den unreinen Wagen geladen haben. Der Steiger W. erklärt kategorisch, der Wagen wäre in der Mittagschicht herausgenommen, folglich wird die Mittagschicht bestraft. Außerdem wurden die beiden Vollhauer mit je 2 Mark bestraft; weiter geht es bald nicht. Es ist hier üblich, wenn ein Fahrhauer mit 5 Pf. bestraft wird, ein anderer dann Fahrhauer spielen muß; ist dieser auch mit dem Schichtlohn von 5 Mark bestraft, dann kommt der dritte an die Reihe usw., bis der Monat um ist.

Becke Tremonia. Hier ist ein Schachtbrand entstanden; die Förderseile sind durchgebrannt und die Förderkörbe in den Sumpf gestürzt. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Schachtbaubetriebe Seilgrubenmühle und Mariengart. Im Frühjahr d. J. begann man hier mit dem Abteufen und schon ist der Schacht circa 140 Meter tief, ein Beweis, wie drauf los gemöhlt wird. Man sucht gewissermaßen einen Rekord zu schlagen, wogegen wir uns deshalb wenden, weil die Arbeiter dabei die Leidtragenden sind. Wie unsinnig die Unterbrecher mandamental ist, zeigte sich im Juni, als der Ventilator einmal defekt war und der Dynamitqualm infolge dessen nicht abziehen konnte. Trotzdem wurden die Arbeiter bald nach dem Abziehen hineingetrieben, was zur Folge hatte, daß sie von Schwindel und Kopfschmerzen befallen wurden und ausfahren mußten. Viele mußten sich über Tage in der Wäsche erbrechen und sich später in ärztliche Behandlung begeben. Einige feierten bis zu neun Tagen krank, andere schüttelten den Staub von den Pantoffeln, weil sie sich einer solchen Gefahr nicht nochmals aussetzen wollten. Trotzdem aber meinte der Steiger Wiesemüller noch, es sei nicht so schlimm, sie sollten nur gleich wieder einfahren. Wer nicht gleich wieder einfahren wollte, konnte sofort seine Papiere erhalten. Er ging sogar so weit, die Arbeiter, welche sich erbrechen mußten, noch zu bestrafen. Am 26. Juni stürzte im Schacht ein Drittführer etwa 70 Meter tief ab und fiel auf zwei Arbeiter, welche auf der Schachtsohle beschäftigt waren; zwei waren direkt tot, der dritte erlag seinen furchtbaren Verletzungen am anderen Tage. Uns wird von Arbeitern berichtet, daß sich im Schacht keinerlei Schuttbühne und auf der Spornlage, von wo aus der Drittführer abstürzte, kein Rettungsgürtel befand. Nach dem Unglück aber, bevor die untersuchende Behörde kam, wurde der notwendige Rettungsgürtel angebracht. Ist diese Darstellung richtig, so muß Bezahlung der Schuldigen gefordert werden. Es ist doch wirklich ein starkes Stück, derart leichtfertig Leben und Gesundheit der Arbeiter zu gefährden. Auch der Umgestaltung der „gemachten“ Steiger Wiesemüller und Kremler kann nicht gutgesprochen werden. Summe Wacern, Schachtsohle, Voladen, seid froh, daß ihr was zu freuen habt, zu Hause beißen die Kinder an Brotstücken herum, u. dgl., das sind so einige Blüten aus dem Sprachgärtchen dieser Beamten den Arbeitern gegenüber. Die Herren scheinen zu glauben, daß sie im fernsten Thüringen vor unserer Kritik sicher sind. Jetzt werden sie jedenfalls einsehen, daß sie damit auf dem Holzwege sind. Wir hoffen, daß sie ihr Verhalten in Zukunft so einrichten, daß wir uns mit ihnen nicht mehr zu beschäftigen brauchen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Tarifvertrag im Wirtschaftsleben.

Auf der kürzlich stattgefundenen Tagung der Techniker in Dresden sprach Prof. Dr. B. Kuttke über das obige Thema. Der Vortragende ging von der Frage aus, ob die Arbeiterkämpfe, die gegenwärtig im Mittelpunkt des sozialen Lebens stehen, eine dauernde Notwendigkeit sind. Um diese Frage zu beantworten, müsse man die treibenden Kräfte im Wirtschaftsleben zu erkennen suchen.

Die Wirtschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts habe das Individualrecht gebracht. Mit der Einführung der Gewerbefreiheit habe die moderne Entwicklung des Wirtschaftslebens begonnen. Der Tarifvertrag sei zwischen dem einzelnen Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter abgeschlossen worden. Das sei zum Schaden eines ganzen Volkstums geendet, weil der Unternehmer gegenüber dem Arbeiter infolge seiner stärkeren wirtschaftlichen Macht im Vorteil gewesen sei. Der Staat habe deshalb eingegriffen und das Recht des einzelnen be-

schranken müssen. Zugleich habe er der Arbeiterkämpfe das Recht zu gestehen müssen, ihre Forderungen durch Streiks durchzusetzen.

Man könne heute drei Arten von Streiks unterscheiden. Erstens solche die aus kleinen vorübergehenden Differenzen entspringen, dann solche, bei denen die Arbeiter die Arbeitsbedingungen verbessert werden sollen, und drittens solche, bei denen Nachfragen entstehen werden sollen. Es entziehe nun die Frage, ob durch Streiks allein wirtschaftliche Vorteile zu erreichen seien. Diese Frage müsse verneint werden. Zahllose Streiks seien nicht zum Vorteil der Arbeiterkämpfe ausgefallen. Das zeige, daß der Geist des Streiks eingeengt werden könne. So hätten ja auch in England, dem klassischen Lande der Arbeiterkämpfe, in den Jahren 1901 bis 1903 im Baugewerbe nur 170 Streiks stattgefunden, während in Deutschland in diesem Beruf im gleichen Zeitraum 1700 das wirtschaftliche Leben gestört hätten.

Solange der Unternehmer nicht organisiert war, habe er in diesem Kampfe schlechter gestanden. Aber heute stehen nun Organisationen gegen Organisationen. Deshalb müßten auch die heutigen Tarifverträge in ihrem Kern von den früheren Einzelverträgen abweichen. Die Tarifverträge werden heute zum größten Teil zwischen den sich gegenüberstehenden Organisationen geschlossen. Die Entwicklung laufe darauf hinaus, daß eines Tages die gesamte Unternehmer- und Arbeiterkämpfe durch Tarifverträge verbunden sei. Für die Unternehmer seien diese Verträge ein Vorteil auch insofern, als sie es ihnen ermöglichen, die eventuelle stärkere Belastung leichter aus den Konjunkturalen abzuwälzen, während der Arbeiterkämpfe die Sicherheit ihres Einkommens besser garantiert sei als früher. Außerdem sei die Berücksichtigung, die durch tariflich festgelegte Arbeitsbedingungen entständen, von der größten sozialen Bedeutung. Bei solchen Massenverträgen sei es ferner viel leichter möglich, Streiks durch Schiedsgerichte schon im Keime zu unterdrücken. Auch könnten solche in Zukunft nur noch um große Gesichtspunkte entbrennen.

Der Redner geht nun näher auf die Stellung des juristischen Rechts zu dieser Entwicklung der Dinge ein. Die Tatsache, daß nicht mehr des einzelnen Willen bei Abschluß des Arbeitsvertrages maßgebend ist, sei unserem Rechte etwas völlig Neues. Der Rechts-sach wurde bisher den Kollektivverträgen verschagt. Aber das Recht müsse einen solchen Massenbewegung Rechnung tragen. 7000 Tarifverträge seien bereits in Deutschland abgeschlossen, deren Kontrahenten man nicht bauernd von der Rechtsprechung ausschließen könne.

Durch die Tarifverträge solle vor allem der Lohn einheitlich geregelt werden. Dabei gelte als leitender Grundsatz, daß dieser dem einzelnen überall die gleiche Kaufkraft gewährleiste. So würde der Lohn an den verschiedenen Orten je nach der Höhe der Lebensmittelpreise usw. differenzieren müssen. Die Steigerung der Preise erfordere selbstverständlich eine Erhöhung des Lohnes. Der Arbeitsvertrag sei ein Dienstvertrag, und es müsse dieser, wie bei den Staatsbediensteten, nach dem Grundsatz geregelt werden, daß jeder ein standesgemäßes Auskommen habe. Diesen Grundsatz habe die katholische Kirche entwickelt von ihrem Standpunkte aus, daß Armut ebenso wie Neid in Verurteilung führe. Dabei sei allerdings zu bedenken, daß das Treueverhältnis, wie es bei den Staatsbediensteten bestehe, für die freie Arbeiterkämpfe nicht so festgelegt werden müsse. Der Unternehmer könne heute den Arbeiter nicht zwingen, den Tarif einzuhalten. Deshalb wären die Unternehmer nur schwer dafür zu gewinnen. Deshalb werde sich der Staat damit befassen müssen, die rechtlichen Grundlagen des Arbeitsvertrages entsprechend umzugestalten.

Der Vortragende schließt: Zum erstemal sehen wir eine bewusste Massenbewegung vor uns, die bestimmt auf den großen sozialen Prozeß einwirkt. Schwere Arbeiterkämpfe stehen uns in den nächsten Jahren bevor, die die öffentliche Meinung im tiefsten aufwühlen müssen und den Staat in seiner Vertretung veranlassen werden, durch Gesetzgebung in diesen Kampf einzugreifen.

Professor Dr. Kuttke hat Recht; um die Reform des Arbeitsvertrages wird es besonders im Bergbau und in der Großindustrie, wo die Idee des Tarifvertrages bisher noch fast keinen Eingang gefunden hat, noch zu großen Kämpfen kommen müssen. Der Arbeitsvertrag wird dort den Arbeitern einzeln aufgezogen, er ist die Spaltgeburt eines freien Arbeitsvertrages, der die Arbeiter auf Gnade und Ungnade der Willkür und Laune der Unternehmer überantwortet. Dieser Zustand ist für die Arbeiter auf die Dauer unerträglich und es muß zum Kampf kommen, wenn die Unternehmer ihren Herrenstandpunkt nicht aufgeben. Daran denken diese jedoch nicht. Arbeiter, rüsst darum, ihr seid gewarnt!

Mandats der Beamtenwirtschaft vor Gericht.

Wegen eines Artikels: „Mandats der Beamtenwirtschaft“ in Nr. 80 unserer Zeitung vom 19.10. hatte sich unser Kamerad Wagner am 5. August vor dem Schöffengericht in G. S. zu verantworten. Genannt waren in dem infamisierten Artikel: Fahrsteiger und Ortsvorsteher Grundwald, Steiger Brauer, Fahrsteiger Rohne, Steiger Krone, Fahrsteiger Möhrig, Fahrsteiger Blumermann, Fahrsteiger Wölzner, Fahrsteiger Müller, Fahrsteiger Bechtel, Steiger Götte, Steiger Krausich und Fahrsteiger Wiesemann. Den Mangelweg beschritten aber nur Fahrsteiger Bechtel, Steiger Götte, Brauer und Krone. In der Verhandlung am 5. August wurden Götte und Bechtel mit ihrer Klage abgewiesen; in der Sache Brauer und Krone wurde Wagner freigesprochen. Bericht folgt.

Ein Kapitel zum Nachdenken für die christlichen Kameraden.

In einem „Eingekandt“ der „Hallener Zeitung“ vom 18. Juli werden unser Verband und die Kameraden G. S. und H. e. sehr heftig angegriffen und zwar in durchaus ungerechtfertigter und völlig unsachlicher Weise. Aus der ganzen Schimpfepistel ergibt sich nur, daß es dem Schreiber weniger darauf ankommt, sachlich seinen Standpunkt — was wir ihm gar nicht übel nehmen — zu vertreten, sondern nur darauf, seine Gegner zu kränken und in völlig ungerechtfertigter Weise zu verunglimpfen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Unterschrieben ist die Schimpfepistel von Hermann K. u. b. e. r. Zweifellos aber ist ihm alles von dritter Seite eingeblasen worden und wir bedauern den Kameraden, daß er sich zu solchen Zwecken mißbrauchen ließ.

Zunächst bestritt er, daß die Zentrumsgewerkschaftsgenerale behauptet hätten, die Grubenherren seien finanziell nicht in der Lage, eine 15prozentige Lohnerhöhung zu bewilligen. Er liegt nicht einmal den „Bergknappen“, sonst würde er in dessen Nr. 2, Seite 1, folgende statistische Kopfsprünge gefunden haben:

„Wie hoch würde die Tonne Kohlen durch eine 15prozentige Lohnerhöhung stärker belastet? In den ersten neun Monaten des Jahres 1910 betrug die Tonnenförderung pro Kopf und Schicht aller Arbeiter 0,851 bis 0,882 Tonnen. Auf je 1,17 Schichten entfällt eine Tonne Kohlen. 15 Proz. Lohnerhöhung macht pro Schicht 68,55 Pf. Auf 1,17 Schichten beträgt sie 80,2 Pf., oder rund 80 Pf. Auf jede Tonne Kohlen würde also eine Mehrbelastung von 80 Pf. kommen.“

Nach einer Zusammenstellung des Herrn Dr. K. S. G. „Eingekandt“, 1910, S. 1401 f.) betrug die Ausbeute auf eine Tonne Kohlen im Ruhrbergbau im Jahre 1909: 99 Pf. Kann ein vernünftiger Mensch glauben, die Bergwerksunternehmer würden sich ihre Ausbeute pro Tonne während der jetzigen Konjunktur um 80 Pf. herabsinken lassen und mit dem Rest zufrieden sein?“

Der letzte Satz auf gutes Deutsch übertragen, besagt: Die Bergwerksunternehmer befehlen nur einem Heberhuhn von 10 Pf. pro Tonne Kohlen, wenn sie eine 15prozentige Lohnerhöhung bewilligen und das kann kein vernünftiger Mensch von ihnen verlangen. Oder ist es nicht so, Freund K. u. b. e. r.?

Küßler ließ aber auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht, sonst würde er in deren Nr. 3 folgende Erwiderung auf die statistischen Salkomortales des „Bergknappen“ gefunden haben:

„Die Grubenherren werden sich den Bauch halten vor Lachen, wenn sie diese Leistungen des „Bergknappen“ genießen. Zunächst stimmt schon die Angabe über die Leistung pro Kopf und Schicht nicht, weil die Berechnungsmethode eine völlig falsche ist. Man berechnet einfach die Zahl der geförderten Tonnen Kohlen auf die Gesamtbelegschaft; nun ist aber bekannt, daß nur etwa 40 Prozent der Gesamtbelegschaft bei der Kohlenproduktion, etwa 51 Prozent aber mit Nebenarbeiten und Überlage in Koksereien, Zementfabriken, Ziegeleien usw. beschäftigt sind. Die Leistung pro Kopf der bei der Kohlenproduktion tätigen Arbeiter ist also schon danach mehr als doppelt so hoch, wie sie oben angegeben wird und die Berechnung des „Bergknappen“ aus diesem Grunde, allein falsch.“

Der Wert der Nebenproduktion beträgt viele Hunderte von Millionen und die Gewinne, die den Werkherren dadurch entfallen, sind außerordentlich hohe. Diese Gewinne aber werden bei der Berechnung des Gewinnes pro Tonne nicht mitgerechnet. Gut, daß unser Kamerad K. u. b. e. r. vor einigen Jahren einmal festgestellt, daß auf jede Tonne die Selbstkosten pro Tonne Kohlen höher waren,

wie der Verkaufspreis, und daß trotzdem keine Rubrik, sondern bedeutende Ueberschüsse gemacht wurden. Wo kamen diese Ueberschüsse her, lieber „Vergnapper“? Also auch nach dieser Seite hat die Berechnung des „Vergnappens“ ein Loch!

Über auch die Tagespresse verfolgt Räuber nicht, sonst würde er wissen, daß der Generalstreik der Eisen- und Stahlindustrie, der früher internationale Generalstreik propagierte, in dieselbe Reihe schlug. Derselbe führte am 11. Dezember 1910 — laut Bericht der „Köln. Volkszeit.“ — aus, daß in der Erwartung Ablehnung der Forderungen man sich bei den drei Verbänden wohl auch gar nicht einmal der Mühe unterzogen habe, über die materielle Tragweite einer lösgewichtigen Lohn-erhöhung nachzudenken!

So hätte der einstige Vorsteher der Siebenerkommission, der Brand- und Generalstreikredner über die Lohnbewegung der Ruhr-bergleute. Das hätte selbstverständlich die unteren Sekretäre des Gewerkschafts nicht schlafen lassen, sie tütelten Effect nach. Unter diesen Nachlässen bestand sich auch der Bezirksleiter Ziege. Ueber eine Versammlung in Südtürken (Münsterland), in der die Lage als Misere während der Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter auftrat, wußte die genüßliche „Münsterländer Zeitung“ zu berichten:

„Der Bezirksleiter (Ziege) wies auch die Unmöglichkeit der Lohnbewegung hin, die bei der jetzigen Konjunktur, wo sie von Seiten der sozialdemokratischen alten Verbände verlangt wird, nachteilig auf die Arbeiter wirken würde, den unsere Kohlenindustrie nach um wichtige Abgabebeträge ausbleiben müßte, den sehr mäßigen Umständen, daß die großen Werksanlagen eben infolge dieser noch nicht ausgenutzten Konkurrenz bei weitem nicht voll ausgenutzt werden können, sich also auch noch nicht so rentieren, wie es früher der Fall war.“ (11). Dann wird der Zeitpunkt gegeben sein, sich mit den Industriellen über Lohnbewegungen zu verständigen (11). Die Lage der Ruhrkohlenindustrie sei auch durch die Unsicherheit über die Erneuerung des Kohlenkontrahats heute ganz und gar ungeeignet zu einer Lohnbewegung (11).

Man kann aber auch anders reden. Während des Streiks der Bauarbeiter im schwarzen Kreise Lüdinghausen, im Juni, trafen in einer Versammlung der Streikenden die christlichen Sekretäre Petri und Ziege aus Dortmund als Referenten auf. In dem Bericht über diese Versammlung heißt es in der genüßlichen „Tremonia“:

„Petri und Ziege betonten, daß der Kampf nicht hätte kommen müssen... In höheren Löhnen sei noch kein Verwerbe zugrunde gegangen. Der Wohlstand der ganzen Bürgerchaft würde sich heben, bei größerer Einkaufskraft der Arbeiter.“

Jetzt hat, was Ziege hier sagt, nicht noch weit eher auf den Bergbau zu. Was ist ein Gewerbe, das höhere Gewinne abwirft, als der Bergbau? Haben nicht trotzdem die Ruhrbergarbeiter allein in den letzten 8 1/2 Jahren 122 Millionen Mark Lohnverluste durch direkte Lohnreduzierungen erlitten ungeschadet die Verluste, die ihnen durch die vielen Preissteigerungen entstanden sind? Was das gerechtfertigt? Wir bitten den Kameraden Räuber, darüber nachzudenken!

Weiter behauptet Räuber, die Bergarbeiter seien in Mangel und auf den Seiten Vergnapper und Gläubiger von der im Verband herrschenden anarchoföhen Strömung in ausschließliche Streiks gedrückt worden. Freund Räuber, gab es denn in Meuse (Lothringen) und auf den Pfingstener Gruben auch eine anarchoföhe Strömung, welche die Bergarbeiter in den Streik hieße? Warum traten dort die Bergarbeiter in den Streik? Und warum ist die „Lohnbewegung“ im Saar-gebiet ohne jeden Erfolg verlaufen? (Siehe darüber Leitartikel in heutiger Nummer). Ist nach dem Streik in Mangel der Lohn nicht gesunken, wie sehr von 3,40 auf 2,80 M. pro Schicht? Ist im Saar-gebiet dagegen nicht während der christlichen „Lohnbewegung“ nach ein Lohnrückgang eingetreten? (Siehe Leitartikel).

Nach Räuber soll den Zentrumsgewerkschaftsführern 1905 die ganze Leitung des Streiks überlassen worden sein. Nach Effert war das Mitglied der ganzen Bewegung das Geld. Und die Leitung hatte, wie das meiste Geld besaß, und das war der Verband, lieber Räuber! Bis Ende Februar 1905 hatten an Streikgeldern aufgebracht der

Bergarbeiterverband	1 400 000 M.
Gewerkschaft	280 000
Auf den Kopf ihrer Mitglieder hatten ungefähr aufgebracht der	
Bergarbeiterverband	24,50 M.
Gewerkschaft	6,50
die Soldat	— 80

Hunderttausende Mark hat der Bergarbeiterverband hergegeben zur Unterhaltung der christlichen Kameraden, hat dafür aber allerdings statt Dank nur Stank geerntet. Ist das christlich, Freund Räuber? Im vorigen raten wir ihm, sich um nähere Auskunft an Effert zu wenden, der wird ihm bestätigen, daß die geschäftlichen Angelegenheiten ausschließlich von unserem Kameraden Sasse erledigt, die Aufrufe usw., die auch Effert seinen Namen trugen, von Sasse verfaßt wurden. Wer hatte also in Wirklichkeit die Leitung des Streiks?

Von ebenso großer Unwissenheit zeugen die Lamentationen unseres Freundes Räuber darüber, daß die Sozialdemokraten, nicht die Sozialisten Sasse und Sasse, sondern einen Mann namens Schmidt aus Berlin in die Reichsversicherungsordnungskommission entsandt hätten, der die Interessen der Bergarbeiter hätte nicht genügend vertreten können, weil er nicht Fachmann war. Ist denn der Gärtner Wegrens Fachmann? Schmidt ist kein Bergmann, das ist richtig, aber einer der besten Kenner der Sozialgesetzgebung und vieljähriger Vertreter der freien Gewerkschaften am Reichsversicherungsamt, der auch die ungeheuren vielen Bergarbeitersachen unserer sämtlichen Reichsversicherungsämter in Deutschland leitete vertreten hat. Schmidt hat sogar im vorigen Jahre die weite Reise von Berlin nach Bochum gemacht, um die Unfallrentenfrage einer armen Witwe aus Gelsenkirchen zu vertreten, die vom Reichsversicherungsamt zu nochmaliger Beweis-erhebung an das Schiedsgericht der Knappschafts-Verbandsorganisation in Bochum zur Überweisung worden war. Die Sache lag sehr schwierig, und nur, um der armen Witwe die Unfallrente zu erschleichen, was auch gelang, machte Schmidt die weite Reise. Einen besseren Sach-kenner und Sachwalter hätten sich die Bergarbeiter nicht wünschen können, und wenn trotzdem nichts für sie herauskam, können sie das mit den christlichen Arbeiterabgeordneten verdanken, als deren ge-zeuener Schiedsrichter sich unser Freund Räuber aufspielt.

Ueber diese Tatsache hilft auch das Lamento nicht über die an-gewandte Spä und in zu geringer Anzahl eingesandte Petition unseres Verbandes. Wenn die Darstellung Räubers so zutreffend wäre wie sie unzutreffend ist, würde das doch keine Erklärung und Entschuldigung für die Tatsache sein, daß die Bergarbeiter durch die M.-A.-D. wieder einmal keine statt Wort erhalten haben und zwar mit Zustimmung der christlichen Arbeiterabgeordneten.

Sowohl der sachliche Inhalt der Ausführungen Räubers, die be-weisen, daß es ihm an jeder Sachkenntnis fehlt und nur darauf an-kommt, seine Gegner in geistlicher Weise zu beleidigen und herab-zusetzen. Das beweisen auch die rohen Schimpfereien, mit denen das ganze „Eingekant“ gespickt ist. Wir bedauern den Mann, der nicht weiß, wo die Gloden hängen, dem all diese Dinge eingeblasen wurden, die er nun in so unüberdauter Form vor sich gibt. Auch er ist, wie so viele andere, ein Opfer der M.-A.-D. Erziehung.

Sicherheitsmänner sind „weiße Salbe“.

Das Währungsgeß zum Allg. preussischen Vergesetz vom 28. Juli 1909 brachte den Bergarbeitern die Sicherheitsmänner, welche aber immer mehr zur „weißen Salbe“ gemacht werden, weil der geistliche Schutz völlig unzureichend ist. Der Sicherheitsmann wird von volljährigen Bergarbeitern, welche seit Beginn oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem gleichen Bergwerk gearbeitet haben, gewählt. Jede Steiger- oder Fahrabteilung wählt einen Sicherheits-mann. Die Sicherheitsmänner müssen in der Abteilung, wo sie gewählt wurden, während der Dauer ihres Amtes beschäftigt werden. Der Sicherheitsmann darf vom Werkbesitzer nur dann gekündigt werden, wenn er 1. seinen Verpflichtungen als Sicherheitsmann nicht nach-kommt; wenn 2. Tatsachen vorliegen, die ihn als nicht geeignet zur Fortsetzung seiner Tätigkeit als Sicherheitsmann erscheinen lassen; 3. wenn er seine Tätigkeit als Sicherheitsmann zu Zwecken mißbraucht, die mit seinem Amte als Sicherheitsmann nicht im Zusammenhang stehen; 4. wenn wichtige Gründe anderer Art vorliegen, die mit der Ausübung seines Amtes als Sicherheitsmann nicht zusammenhängen. Alle diese wichtigen Gründe anderer Art reichen aber den Werks-besitzern noch lange nicht aus, um einen unbedenklichen Sicherheits-mann, der den herrschenden Mächten erweist sich als Leibe rüch, schnell und „anständig“ los zu werden. Die Folge davon ist, daß ein Mittel gefunden, um tätige Sicherheitsmänner in anderer Weise los zu werden. Die Grubenverwaltung erläßt einen Aufschlag, worin es heißt, daß das Revier Nr. 9 auf gelöst wird. Ein Teil des Reviers wird einem anderen angrenzenden Revier zugeteilt. Der Sicherheitsmann des angrenzenden Reviers hat den angegliederten Teil des Reviers 9

zu befehlen — so ist schon wieder ein Mittelbändler als Sicherheits-mann abgesetzt.

Falls die Bergbehörde dieses „schmerzlose Verfahren zur Be-seitigung tätiger Sicherheitsmänner“ gutheißt, so ist die „weiße Salbe“ endlich völlig gebrauchsfertig.

Eine „Berichtigung“.

In der Nr. 30 der „Bergarb.-Ztg.“ vom 29. Juli 1911 wird auf Seite 7 in einem Artikel „Christliche Verleumdungen“ behauptet, ich habe dem Mitgliede des alten Verbandes, Ziepel, das Mitgliedsbuch abgehandelt, beginnend ohne Einwilligung Ziepels an mich genommen. Ferner soll ich mich geweigert haben, das Buch wieder herauszugeben. Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes verlange ich die Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß ich dem Ziepel noch irgend einem anderen Verbandsmitgliede das Mitgliedsbuch abgehandelt resp. ohne Ein-willigung desselben an mich genommen habe. Darum ist es auch un-wahr, daß ich mich geweigert habe, ein solches Buch herauszugeben.

Wahr ist, daß Ziepel im Dezember 1910 gelegentlich zu mir sagte, er wolle aus dem alten Verbande austreten. Darauf habe ich ihn gefragt, ob er sich nicht zum christlichen Gewerksverein überschieben lassen wolle, was er bejahte. Im Anschluß daran hat er mir im Januar seine Mitgliedskarte selbst gegeben. Ziepel hat mir gegenüber nie den Wunsch geäußert, daß er seine Karte zurück haben möchte. Brambauer, den 30. Juli 1911. Joh. Sasse.

Dazu schreibt uns unser Gewährsmann: Wir hatten dieser „Berichtigung“ gegenüber alles aufrecht, was in dieser Sache geschrieben wurde. Berichtigungen brauchen ja nicht wahr zu sein, das wissen die Brüder und müssen dies auch aus. Wenn Sasse schreibt: „Ziepel hat mir gegenüber nie den Wunsch geäußert, daß er seine Karte zurück haben möchte“, so steht dem doch die Tat-sache gegenüber, daß Ziepel bei uns ein Duplikat bestellt hat und daß die 20 M. bezahlt. Das Duplikat ist aber nicht erst jetzt be-stellt, sondern vor einigen Monaten schon und zwar begründete Ziepel damals die Bestellung damit, daß er seine Karte nicht zurück bekommen könnte. Wie sieht es aber mit den Notizen im „Vergnapper“ und in der „Tremonia“ aus? In der Notiz, auf Grund dessen wir die Notiz schreiben, ist behauptet worden, Sasse (unser Vize) hätte ein Buch verlangt und als ihm das nicht gegeben wurde, hätte Sasse erklärt, nächste Woche wiederzukommen. In dem letzten „Vergnapper“ sowie in der „Tremonia“ wird jetzt Frau Strume genannt. Zu dieser soll Sasse die Versicherung gegeben haben, Frau Strume verführe sich aber auf das bestmögliche, solche Versicherungen niemals gemacht zu haben. Wohl sei Ziepel (Bezirksleiter des Gewerksvereins) bei ihr gewesen und hätte sich nach der Sache erkundigt. Von Weiterkommen und Buch abholen sei gar nicht die Rede gewesen, verführt und Frau Strume. Trotzdem wird in Nr. 31 des „Vergnapper“ die Versicherung aufrecht erhalten. Sasse kann auch die Versicherung gar nicht gemacht haben, da gerade Strume dem Sasse von früher bekannt ist. Strume ist bei uns wegen rückständigen Beiträgen gestrichen worden. Solche Leute überlassen unsere Voten ganz gerne dem Gewerksverein. Hier sei festgestellt, daß der Berichtsjahr Ziepel sich an Kleinigkeiten flammert, wo er den wahren Sachverhalt ganz genau kennt.

Wirtschaftslust in Wörtnig

Ist kein Auserkannthort für frei organisierte Arbeiter. Vor zwei bis drei Monaten ist dieselbe erst eröffnet worden, trotzdem kann der Wirt schon auf die frei organisierten Arbeiter verzichten. Mächtig fragten einige Mitglieder der Ortsverwaltung unseres Verbandes in Wörtnig bei dem Wirt an, ob er ihnen die Abhaltung von Zahlstellenverfammlungen gestatte, was mit einem nicht gerade freundlichen „Nein!“ be-antwortet wurde. Die Geschlossen unserer Verbandsmitglieder aber nimmt der Wirt an, da sagt er nicht „Nein!“ Wären die organisierten Arbeiter daraus die notwendigen Schlüsse ziehen.

Prämien für Mitgliederfang in Zentrumsgewerkschaften.

Die Methode, ihren schon zum Teil schwindelhaften Verbänden Mitglieder durch begünstigte Agenten zuzuführen, scheint bei den Chris-tlichen mehr und mehr um sich zu greifen. Aus Kärnten wurde kürzlich bekannt, daß dort die christlich organisierten Metallarbeitern von ihrer Zahlstelle mitgeteilt wurde:

„Der Vorstand der Ortsverwaltung wünscht, daß bis zum Schluß des II. Quartals jedes Mitglied mindestens einen Kollegen oder eine Kollegin für unseren Verband gewinnt. Alle Kollegen und Kolleginnen, welche dem Wunsche des Vorstandes in diesem Sinne nachkommen, erhalten eine entsprechende Prämie, welche dem ein-zelnen Kollegen oder der Kollegin von den Vorständen der Sektionen ausbezahlt wird.“

Der „Proletariat“ ist in der Lage, folgendes Schriftstück aus Waffensburger christlichen Kreisen veröffentlichen zu können:

„Werter Kollege! Um die aufsteigende günstige Konjunktur richtig auszunützen und die Gleichgültigen aufzumuntern, hat die Verbands-leitung angeregt, daß jedes Mitglied für seine agitatorische Tätigkeit eine Vergütung bekommt. Die Vergütung besteht darin, daß für jedes neugewonnene Mitglied, welches mindestens die Aufnahme-gebühr (50 M.) und zwei Wochenbeiträge zu bezahlen hat, der Auf-nehmer 20 M. bekommt. Bei Austritt aus einer anderen (gegneri-schen) Organisation müssen mindestens drei Wochenbeiträge für unseren Verband entrichtet werden, wenn an den Aufnehmenden die 20 M. vergütet werden dürfen. Der Bezirksleiter fügt hierzu an, daß dieser oder jene Kollege, welche es ermöglichen, eine neue Ortsgruppe von mindestens zehn Mann gründen zu können, erhalten aus der Bezirkskasse 3 Mark vergütet. Das notwendige einschlägige Agitationsmaterial kann von den Ortsgruppen von der Zentrale in Waffensburg bezogen werden nach den Nummern auf der Tafel „Verbandsmaterial“. Für die Neuaufgenommenen, für welche eine Vergütung gegeben wird, wird eine eigene Liste angelegt, in welcher bemerkt wird, wann und durch wen aufgenommen. Diese Ver-gütung wird bezahlt gegeben, daß die oftmals bei der Agitation ver-bundenen finanziellen Opfer leichter ertragen werden können, und daß die Kollegen unter sich einen Wettbewerb in der Agitation an-gelegen sein lassen.“

Die Aufrechnung der ausbezahlten Vergütungen erfolgt am Quartalschluß mit der Zentrale. Die Auszahlung besorgt einzeln die Ortsgruppe. Also eifrig vorwärts, agitiert, organisiert und recht viele Mitglieder gewonnen. Mit kameradschaftl. Gruß S. Striegl.“

Wiederholt schon ist auch von Kameraden berichtet worden, daß auch vom Zentrumsgewerksverein für Mitgliederfang Prämien ge-gaben werden. Wenn das nicht nicht, giebt gar nichts mehr!

Müheleien „christlicher“ Gewerkschaftsführer gegen einen Geistlichen.

Am Montag abend (31. Juli) fand in Hamm eine öffentliche Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei statt, zu der Herr Pfarrer Traub, der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei für Hamm-Gesche, die christlichen Gewerkschaftsführer zu einer Aus-einandersetzung eingeladen hatte. Die Christenführer waren auch in großer Zahl der Einladung gefolgt, wohl in der Absicht, mit Herrn Traub gehörig Abrechnung zu halten. Bekanntlich hatte Herr Traub mit Recht behauptet, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften bewußt oder unbewußt Arabanten des Zentrums seien, welches das Gegenteil von dem befolgt, was man allgemein als Arbeiterinteressen erachtet. Diese Behauptung hatte vier evangelische Gewerkschafts-sekretäre auf den Plan gerufen. In einer Erklärung, die in einem sehr rüden Ton gehalten war, hatten sie Herrn Traub Verleumdungen vorgeworfen. Herr Traub wies den Christenführern in seinem Referat, an der Hand umfangreichen Beweismaterials nach, daß die christlichen Gewerkschaften nichts weiter als Zentrumsgewerkschaften sind, und daß somit auch die evangelischen Gewerkschaftsführer mithelfen, die Ge-schäfte der Zentrumspartei zu besorgen. Er habe deshalb keine Ver-anlassung, von seiner Behauptung auch nur das Geringste zurück-zunehmen. Die Abwehr der Christenführer war geradezu jämmerlich. Herr Euler aus Dortmund, als erster Redner, gab zunächst zu, daß sie einen Fehler gemacht haben, indem sie den katholischen Kollegen und der Reklamation der „Tremonia“ zugefallen haben, daß ihre Er-klärung in der „Tremonia“ in einem anderen Wortlaut erschienen barste. Man solle ihnen aber doch, so führte Euler weiter aus, diesen Fehler nicht so hoch anrechnen, da sie alle drei noch sehr jung an Jahren und auch sehr jung in der Gewerkschaftsbewegung seien und noch viel lernen müßten. Euler versuchte in seinen weiteren Ausführungen nachzuweisen, daß die christlichen Gewerkschaften keine Zentrumsgewerkschaften seien. Aber die Beweisführung war nicht nur sehr ober-flächlich und lahm, sondern auch sehr ungeschickt. Der Oberchrist Erdmann aus Hamm schloß den Vogel ab, indem er ausführte: Gut, geben wir zu, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften sind, aber dann sind eben die Kirch-Dunderischen Gewerks-

chaften auch nicht neutral. Herrn Traub war es sehr leicht, diese „Führer“ abzufertigen, und er hatte bei seinen Ausführungen, die eine große Sachkenntnis erkennen ließen, die große Mehrheit der Ver-sammlung hinter sich. Was die Christen nun in Folge ihrer Jugend und ihrer Unwissenheit, wie sie selbst zugaben, durch ihre Ausführungen nicht erreichen konnten, versuchten sie durch Zöhlen, Trampeln, Pfeifen und Plünderungen weit zu machen. Von allen Seiten hörte man in der Versammlung von den bürgerlichen Leuten sagen, ein solch räuel-haftes Benehmen in einer Versammlung hätten sie noch nicht erlebt. Wir haben das Betragen der Christen in den Versammlungen schon oft charakterisiert. Aber es ist gut, auch das Urteil bürger-licher Leute über das Betragen der Christen in der Versammlung zu vernehmen. Im „Dortmunder Tageblatt“, einem bürgerlichen Organ, schreibt ein Herr aus Hamm, der der Versammlung beigewohnt hat, den Christen folgendes in Stammbuch:

„Die Leibgarde des Satans.“

Am 2. August. Als solche muß man unbedingt die „christlichen“ Gewerkschaften bezeichnen, wenn man die am Montag in Hamm stattgefundene Versammlung als einen Maßstab für die Kampfesweise der „Chris-tlichen“ Gewerkschaften ansehen will. Schreiber dieses hatte un-gefragt der betreffenden Versammlung beigewohnt, um auch mal die Anschauungen und Kampfesweise der christlichen Gewerkschaften hier im Ruhrgebiet kennen zu lernen. Wenn ich auch nach dem Elaborat der vier evangelischen Gewerkschaftsführer meine Ansprüche nicht allzu hoch stellte, aber so etwas an niedriger Kampfesweise und Tri-bolität, das die „christlichen“ hier in dieser Versammlung an den Tag legten, ist mir noch nicht vorgekommen. Die Menschen haben diese Leute sich nicht benommen, nein, wie eine wilde Horde. Daß die „christlichen“ Führer sich nach dem vorausgegangenen glänzenden und bewiesenen Meßstab Traubs in einer schwierigen Lage be-fanden und nun vielleicht in etwas bestiger Weise zu retten suchten, was zu retten war, nun, das konnte man hingehen lassen. Armseelig genug waren ja ihre Argumentationen allerdings. Aber, daß sie mit solchen gemeinen, perfiden, ja persönlichen Verunglimpfungen gegen einen Ehrenmann wie Traub arbeiteten, das sollte man von denselben, die doch das Wort „christlich“ in Erbpacht genommen haben wollten, nicht erwarten. Was nennt sich heute nicht alles „christlich“!

Wie klein, wie winzig klein müssen doch diese Leute sein, wenn sie ihre Truppen nicht mal soviel in der Gewalt haben, daß sie den-selben nicht mal Miße gebieten könnten, wenn von ihrer Gegenpartei sachliche Belege für die Konfessionslosigkeit der christlichen Gewerkschaften vorgebracht wurden. Ja, wie diese „Führer“ selbst mit gutem Willen vorantreiben und in geradezu kühnster Weise wie die Wilden mitbrüllten, ja, vor einem, nun, wie soll man es anders be-zeichnen, offenen Raub nicht zurückschreckten. Es war, wenn ich nicht irre, der Gewerkschaftsführer Erdmann, der, als der Kirch-Dunderianer Grünlich eine sehr hohe Rede für die „christlichen“ vorbrachte, sich an Rednerpult heranschickte, um dem Redner die Unterlagen für dessen Ausführungen zu entreißen. So etwas ist denn doch die Höhe und hatte ich es im Interesse des wirtschafts-politischen Kampfes für unbedingt erforderlich, dieses hier offen und ehrlich festzustellen. Wägen der konnte Traub nicht gerechtfertigt werden, wie durch dieses in der Hammer Versammlung zutage ge-tratene, wisse, jeder Diskussion höhnisch sprechende Benehmen der chris-tlichen, parben, sagen, Gewerkschaften. Während die Versammlung durch die Madaubilder oft einen geradezu stürmischen Verlauf nahm, mußte man andererseits wieder beobachten, wie Traub, der wieder mal glänzend in seiner ruhigen, sachlichen Weise kämpfte, Punkt für Punkt nicht nur seine Anlagen aufrecht erhielt, sondern neue, beladene Beweise für diese vorbrachte, und trotz alledem und alledem, trotz gemeinsamer Angriffe, trotz der versuchten Vergeßlichkeit mit seinen Beweisen durchdrang, so daß ihm oft nicht endenwollender Beifall zuteil und mancher, mancher „Christlicher“ innerlich über-zeugt und bekehrt wurde. Das beweisen mir viele Versicherungen christlich organisierter Arbeiter während, als auch nach der Ver-sammlung.

Das sind ja recht „erbauliche“ Geschichten! Christenführer betragen sich einem Geistlichen gegenüber wie die „Leibgarde des Satans“, Zöhlen, Trampeln, Pfeifen, brüllen wie die Wilden, schreden selbst vor offenem Raub nicht zurück. Das geistliche Gewand hilft ihnen nicht die mindeste Abhilfe ein. So offenbaren sich die Folgen der M.-A.-D. Erziehung, deren robbastischer Werferker August R. u. z. kürzlich noch auf der Generalversammlung des Zentrumsgewerksvereins in Köln von Stegerwald hoch gefeiert und seine Kampfesmethoden als die einzig richtigen bezeichnet wurden. Wußt hat aber seine Kampfesmethoden selbst wie folgt gekennzeichnet: „Ich weiß, daß die Verbandsleitung ehrlich wirtschaftet, aber es ist mein Geschäft, sie zu verdächtigen.“ Wenn sich diese „Leibgarde des Satans“ nicht schämt, selbst einem Geistlichen gegenüber solches Betragen zu zeigen, läßt sich ersehen, wie ihr Verhalten den frei organisierten Arbeitern gegenüber ist. Dafür gibt es keinen parlamentarischen Ausdruck.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Christliche Arbeiter gegen Lebensmittelwucher.

In Nachen ist ein Mischkrieg ausgebrochen. Sozialdemokratie, freie und Kirch-Dunderische Gewerkschaften eröffnen den Kampf. Die Christlichen lehnten unter wichtigen Vorwänden die Teilnahme an der zu bildenden Kommission ab, berieten aber eine eigene Ver-sammlung ein, in der auch sie eine Kampfkommission wählten. Wie aus den knappen Berichten zu ersehen ist, mußten die christlichen Ge-werkschaften hier ausnahmsweise einmal gegen agrarische Forderungen und für ein Aufheben des Lebensmittelwuchers sich aussprechen. Der Vorstehende konstatierte, daß Eier, Butter- und Gemüsepreise für die Arbeiter unerträglich seien. Gewerkschaftsführer Waibes sagte, die in der Landwirtschaft momentan bestehenden schlechten Verhältnisse seien gelegentlich auch von den Arbeitern durchzumachen, wobei Lohn-ausfälle bis zu 8 Mark wöchentlich vorgekommen seien. Es müsse also auch der Landwirt mit den sogenannten schlechten Zeiten rechnen und bedenken, daß früher bessere da waren. Im übrigen wüßten die meisten Landwirte sich schon zu helfen, indem sie mit den Söhnen teilen und so die Einkommenssteuer für sich vereiteln. Eine Geringe in der Bezahlung der Lebensmittel gebe es, und die sei jetzt erreicht. Wenn die Schwarz-Blauen im nächsten Reichstag die heute schon unerträglichsten Preise durch neue oder erhöhte Zölle noch mehr in die Höhe treiben, werden natürlich die christlichen Gewerkschaftsführer sich einstellen, um den schwarzen Arbeitern zu beweisen, daß die „aus-gleichende Gerechtigkeit“ die neue Belastung erfordert.

Gaargebiet und Reichslande.

Folgen des saarabischen Schmierthems. Das saarabische Schmierthema, wie es in den bekannten Schmier-gelberproben vor einigen Jahren bekannt wurde, hat auf große Streife der Arbeiter und Beamten demoralisierend gewirkt. Das zeigt aus folgender Fall, der sich in dem Dorfe A l t e n a l d, einer chris-tlichen Hochburg, zugezogen hat. In der Wirtschaft L. sah der Steiger J. mehrt einigen Vergleichen beim Glase Bier. Als der Steiger sein Bier bezahlte, erklärte die Wirtin, das habe der Bergmann J. M. schon bezahlt. Der Steiger aber handelte korrekt und ehrlich, nahm die Bezahlung nicht an, sondern erstattete Anzeige bei der Ver-gewaltigung, was dem noch an dem saarabischen Schmarokersystem tran-fenden Bergmann 14 Tage Ablegung einbrachte. Er wäre noch härter bestraft worden, wenn der Steiger nicht für ihn um Milde gebeten hätte.

Würden alle Beamten so korrekt und ehrlich handeln wie es der Steiger J. in diesem Falle getan, gäbe es in Saarabien bald keine Schmaroker und Brauchstücker mehr, was im Interesse beider Teile (Beamte und Arbeiter) nur zu begrüßen wäre. Sind doch bekanntlich gerade diese Schmaroker auch die schlimmsten Faulpelze, die sich gern auf Kosten der fleißigen Arbeiter drücken und diesen Mangel durch Unterwürfigkeit und Liebedienerei den Beamten gegenüber weit zu machen suchen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Terrorismustügen.

Ueber den Streik der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter ver-breiten die kapitalfreundlichen Blätter fortgesetzt den größten Ter-rorismustügel. Den freilebenden Vergleichen wird jetzt einfach alles in die Schuhe geschoben, was im Streikgebiet irgend passiert. Es fehlt nur noch, daß man sie auch für die herrschende Hitze und die andauernde Trockenheit verantwortlich macht.

Den ausgeprochenen Unternehmungen stellt sich auf solchem unbilligem Fuß auch ein „Arbeiterblatt“ würdig an Seite. Das „Korrespondenzblatt“ der katholischen Fachabteilungen schrieb nämlich am 30. Juli in einer Betrachtung über den Streik:

